



Polizeiinspektion
Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

2023

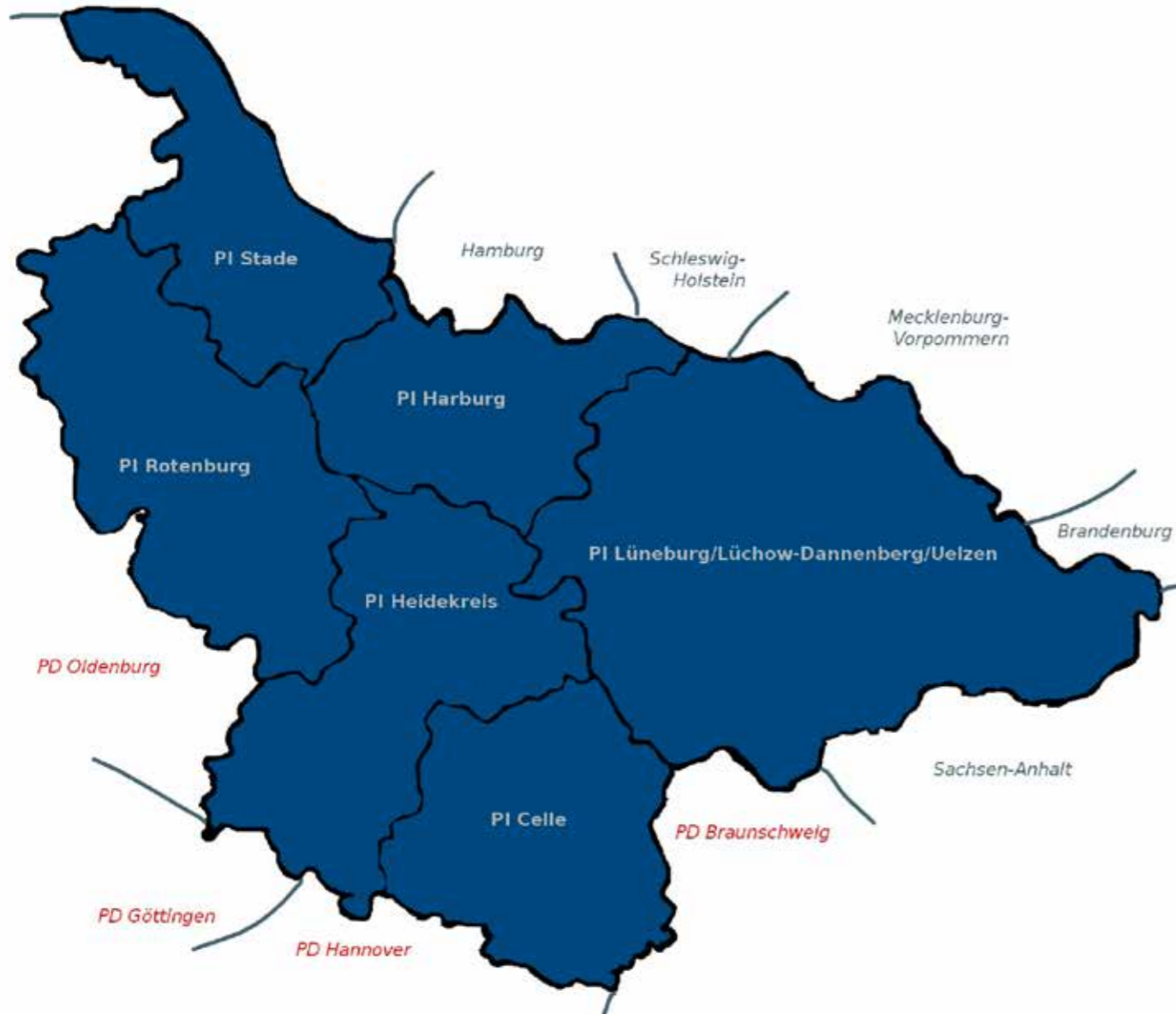
SICHERHEITSBERICHT



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



SICHERHEITSBERICHT

2023



VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie mit diesem Schreiben den zweiten Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Lüneburg in Ihren Händen halten.

Ich bin überzeugt, dass die folgende Lektüre Ihnen spannende Einblicke und informative Beiträge rund um die Sicherheit in Ihrer Region vermittelt und auch einige neue Einblicke in die Arbeit Ihrer Polizei für Sie bereithält.

Die Wahrung der Inneren Sicherheit unseres Landes ist die ureigene Aufgabe der Exekutive.

Um den Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie staatlicher Institutionen gerecht zu werden, leistet die Polizei sowohl durch präventive als auch repressive Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Um in Freiheit leben zu können, muss man sich sicher fühlen. Freiheit, das wird mit Blick auf das aktuelle Weltgeschehen einmal mehr deutlich, ist ein unschätzbare Gut.

Doch obwohl es sich in Deutschland objektiv messbar sicher leben lässt und die Polizei als Garantin für die Innere Sicherheit sowohl ein hohes Ansehen als auch das Vertrauen der Bevölkerung genießt, nehmen Bürgerinnen und Bürger diese Sicherheit im Einzelnen nicht zwingend wahr. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher sprechen hier vom sogenannten Sicherheitswahrnehmungsparadox.

Mir persönlich ist es, auch im Namen aller Mitarbeitenden der Polizeidirektion Lüneburg, ein hohes Anliegen, objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl in Einklang zu bringen.

Es ist Realität, dass die Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb der Zuständigkeit unserer Direktion sicher leben können.

Der vorliegende Sicherheitsbericht soll ein Instrument sein, neben der Darstellung der Vielfalt polizeilicher Aufgaben, einen Beitrag zur Steigerung des Sicherheitsgefühls zu leisten und offen über Präventionsmaßnahmen, Kriminalitätsschwerpunkte und staatliches Handeln zu berichten.

Die geografischen Gegebenheiten der Polizeidirektion Lüneburg, ein vorwiegend ländliches Gebiet mit urbanen Einflüssen, machen unseren Einsatzraum zu etwas ganz Besonderem. So unterschiedlich wie die Sicherheitsarbeit in ländlichen und städtischen Bereichen sind es auch die Erwartungen der Menschen an die Institution Polizei.

Daher ist unser Sicherheitsbericht auf die einzelnen Landkreise spezialisiert, um den individuellen Umständen Rechnung zu tragen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude beim Lesen und interessante Einblicke in die Polizeiarbeit Ihrer Region!

Ihr

Thomas Ring

Polizeipräsident der Polizeidirektion Lüneburg





VORWORT DER INSPEKTIONSLEITUNG

INHALT

Polizeidirektion (PD) Lüneburg

Organisation

Die Organisation im Überblick	Seite 7
Die PD in Zahlen	Seite 9
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PD	Seite 13
Diversität in der PD	Seite 17
Tag der Vielfalt in der PD	Seite 18
Polizeischutz für die Demokratie in der PD	Seite 20

Nachwuchsgewinnung

Wege zur Polizei	Seite 25
Das Auswahlverfahren	Seite 28
Mein Weg zur Polizei – Erfahrungsbericht eines Fachoberschülers	Seite 30

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der PD	Seite 33
Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie	Seite 40
Prävention in der PD	Seite 41
Sachgebiet Cold Case der PD	Seite 50
Bundesweite Fachtagung Sachgebiet Cold Case	Seite 51
Politisch motivierte Kriminalität	Seite 52

Einsatz

Die Abteilung Leine DORA der PD	Seite 55
Die Diensthundführer der PD	Seite 56
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB)	Seite 57

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PD	Seite 61
Regionale Kontrollgruppe der PD	Seite 66
Cannabis am Steuer	Seite 68

Technik

NIMes	Seite 71
E-Akte in der Polizei	Seite 72
Einsatzunterstützung aus der Luft	Seite 73

Polizeiinspektion (PI)

Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

Organisation

Die Dienststellen PI	Seite 10
Die PI im Überblick	Seite 12
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PI	Seite 14
Polizeischutz für die Demokratie in der PI	Seite 21

Nachwuchsgewinnung

Nachwuchswerbung und Ausbildung in der PI	Seite 26
---	----------

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der PI	Seite 36
Das Präventionsteam der PI	Seite 43
Präventionsprojekt „Die Polizei geht zum Friseur“	Seite 46
Kontaktbeamtinnen und -beamte in der Hansestadt Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen	Seite 48

Einsatz

Die Verfügungseinheit (VE) – Dienstleister für & in der gesamten PI	Seite 58
---	----------

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PI	Seite 62
Arbeitsgruppe „Poser“: Polizei nimmt „Poser“ und „Protzer“ ins Visier	Seite 64
Polizei erklärt E-Scooter – Präventionsvideo von Verkehrswacht und Polizei Lüneburg	Seite 69

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

auch mit der zweiten Auflage des sogenannten Sicherheitsberichts und den folgenden Beiträgen, Informationen und Zahlen möchten wir Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit und die Sicherheitslage 2023 in Ihrer Region geben und Ihnen die Arbeit der Polizei und den Polizeiberuf transparent machen.

Wir sorgen für Ihre Sicherheit in Nord-Ost-Niedersachsen. Die Polizeiinspektion erstreckt sich geografisch über das Gebiet der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen und umfasst damit nahezu 4.000 Quadratkilometer, eine größere Fläche als die Bundesländer Saarland, Bremen und Berlin zusammen.

Insgesamt mehr als 600 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte der Inspektion, der Polizeikommissariate Lüchow und Uelzen sowie der 21 Polizeistationen gewährleisten dabei die Sicherheit und Ordnung für mehr als 320.000 Bürgerinnen und Bürgern in Nord-Ost-Niedersachsen ... egal ob in unseren Städten Lüneburg, Lüchow, Dannenberg, Uelzen, Bad Bevensen und Bleckede ... oder in den Orten wie Arendorf, Brietlingen, Kamerun, Klein London, Varbitz, Wussegel oder Zarenthien.

Dabei sind die Polizeidienststellen in Lüneburg, Lüchow und Uelzen mit ihren Einsatz- und Streifendiensten für Sie im Rahmen der Wechselschichtdienstes 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag (24/7) besetzt und stehen Ihnen für Ihre Anliegen zur Verfügung. Die 21 Polizeistationen in der Fläche sind grundsätzlich von Montag bis Freitag während der allgemeinen Geschäftszeit sowie zu wechselnden Abend-/ Nacht- und Wochenendzeiten geöffnet und im Einsatz.

Der demografische Wandel und die damit verbundenen Probleme in einer auch mit ihren weltweiten Krisen gefühlt zusammenrückenden Gesellschaft stellt auch die Polizei in der Region vor immer neue Herausforderungen. Mit welchen Strategien in der Strafverfolgung, der Gefahrenabwehr und in der Präventions- und Sicherheitsarbeit wollen wir in den nächsten Jahren agieren? Welche Ressourcen stehen uns personell wie auch materiell zur Verfügung? Und gibt es einen Masterplan für die öffentliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger?

Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen die Arbeit von verschiedenen Bereichen unserer Polizeiinspektion näher-

bringen und Sie mit Zahlen, Daten und Fakten des aktuellen Kriminalitäts- und Verkehrsgeschehens auf dem Laufenden halten. Auch Schwerpunktthemen unserer Präventionsarbeit und der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit werden Sie finden.

Nutzen Sie parallel gerne auch unsere Präsenz im Internet- sowie in den Sozialen Medien auf Facebook, „X“ (ehemals Twitter) und Instagram, um sich über die Arbeit Ihrer Polizei zu informieren.

In unseren drei Landkreisen leben Sie sicher. Dafür setzen wir uns bürgernah mit aller Kraft ein.

Es grüßen Sie aus der Salzstadt, der Zuckerstadt und aus dem Wendland



O.S.S.

Oliver Suckow,
Leiter des Polizeikommissariates Uelzen

Stefanie Lerche

Stefanie Lerche,
Leiterin der
Polizeiinspektion

Niklas Botsch

Niklas Botsch
Leiter des Polizeikommissariates Lüchow



DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

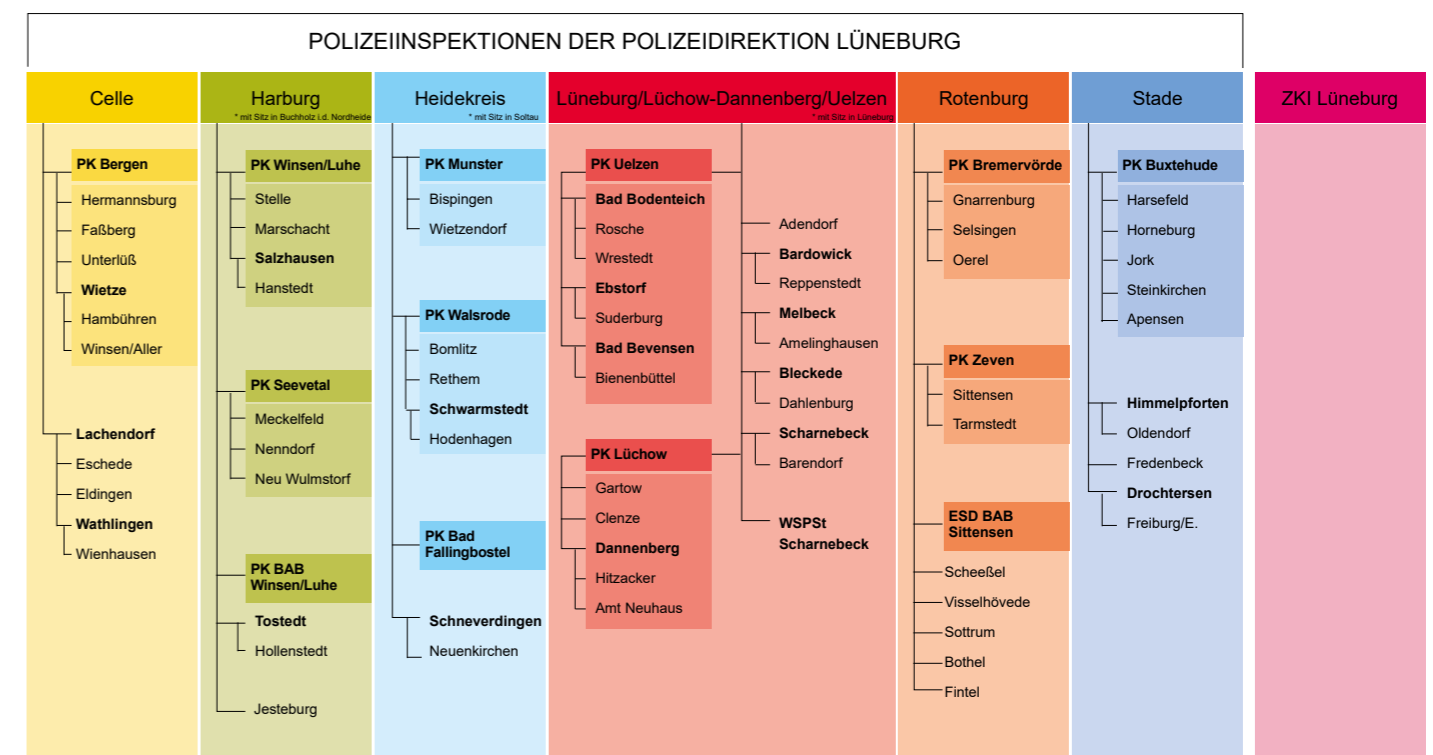
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 23 Standorte derzeit insgesamt 2.973 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 92 Polizeidienststellen wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z.B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Serviceleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z.B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten (PP) Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten (PVP) Jens Eggersglüb und die Leitende Regierungsdirektorin (Ltd. RD'in) Inga Ritters-Timm.

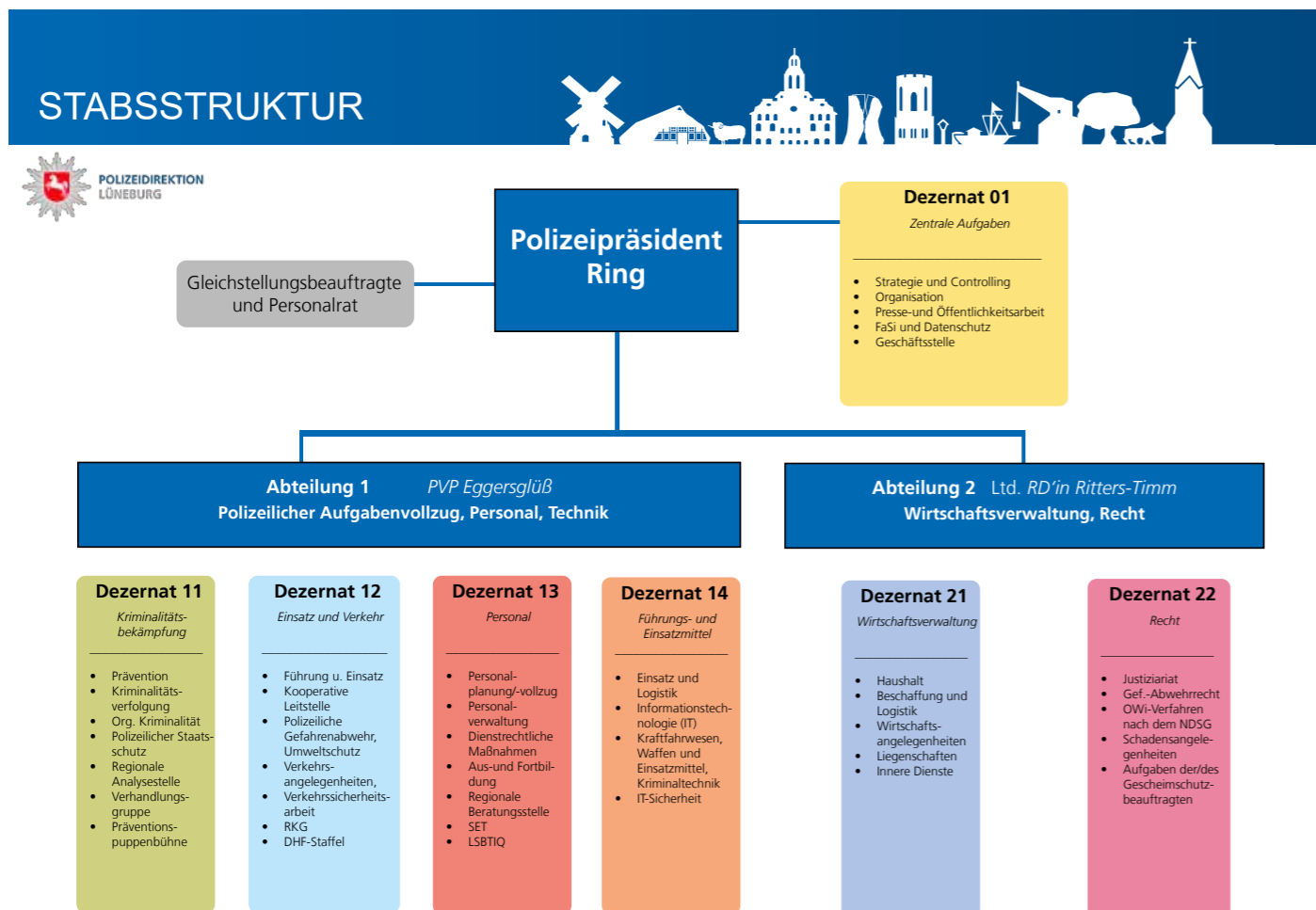
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z.B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

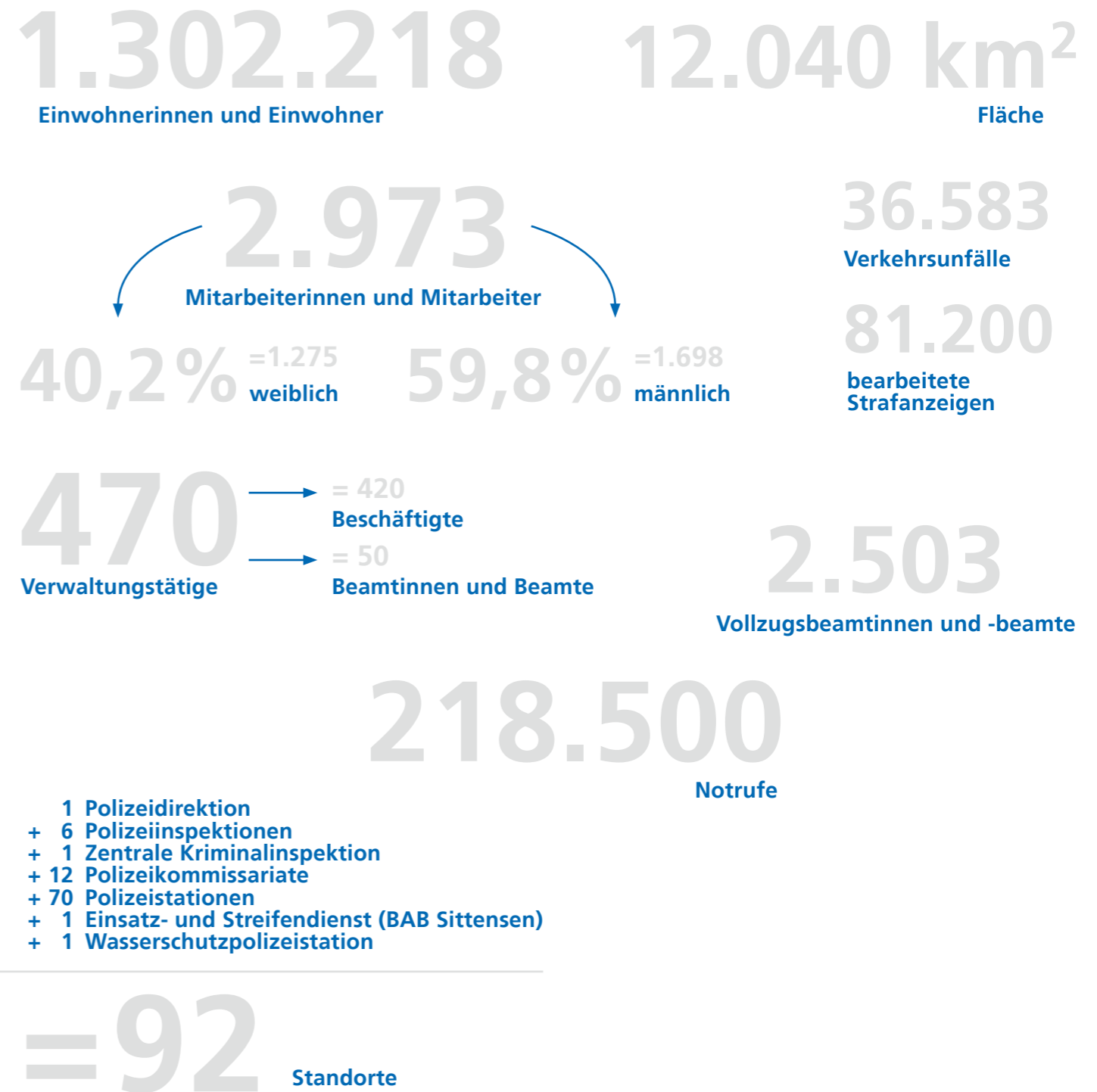
Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Eggersglüb und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN



DIE DIENSTSTELLEN DER POLIZEIINSPEKTION

Erreichbarkeit der Dienststellen im Gebiet der Polizeiinspektion
Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen:



Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-D./Uelzen
Auf der Hude 1, 21339 Lüneburg
04131/8306-0 oder -2215
poststelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

PSt Adendorf	Rathausplatz 16	21365 Adendorf	04131/85401-0
PSt Bleckede	Bahnhofstr. 2a	21354 Bleckede	05852/95117-0
PSt Dahlenburg	Lüneburger Landstr. 7	21368 Dahlenburg	05851/97944-0
PSt Melbeck	Am Diemel 17	21406 Melbeck	04134/90944-0
PSt Amelinghausen	An'n Sprüttenhus 2	21385 Amelinghausen	04132/93982-0
PSt Bardowick	Bahnhofstr. 8	21357 Bardowick	04131/79940-0
PSt Reppenstedt	Wiesenweg 2	21391 Reppenstedt	04131/24448-0
PSt Scharnebeck	Am Hülsenberg 12	21379 Scharnebeck	04136/90059-0
PSt Barendorf	Wacholderweg 30	21397 Barendorf	04137/80887-0
WSPSt Scharnebeck	Am Hülsenberg 12	21379 Scharnebeck	04136/90008-0

Polizeikommissariat Lüchow
Saaßer Chaussee, 29439 Lüchow
05841/122-0 oder -215
poststelle@pk-luechow.polizei.niedersachsen.de

PSt Clenze	Lüchower Str. 13	29459 Clenze	05844/97640-0
PSt Gartow	Springstr. 14	29471 Gartow	05846/97963-0
PSt Dannenberg	Am Markt 6	29451 Dannenberg	05861/98576-0
PSt Hitzacker	Brauhofstr. 1	29456 Hitzacker	05862/98701-0
PSt Amt Neuhaus	Parkstr. 2	19273 Neuhaus	038841/6195-0

Polizeikommissariat Uelzen
An der Zuckerfabrik 6, 29525 Uelzen
0581/930-0 oder -215
poststelle@pk-uelzen.polizei.niedersachsen.de

PSt Bad Bevensen	Klein Bünstorfer Str. 2	29549 Bad Bevensen	05821/97655-0
PSt Bienenbüttel	Bahnhofstr. 33	29553 Bienenbüttel	05823/95400-0
PSt Bad Bodenteich	Schützenstr. 10	29389 Bad Bodenteich	05824/96598-0
PSt Rosche	Lüchower Str. 12	29571 Rosche	05803/96934-0
PSt Wrestedt	Lerchenweg 5	29559 Wrestedt	05802/98715-0
PSt Ebstorf	Lüneburger Str. 17a	29574 Ebstorf	05822/94792-0
PSt Suderburg	Hauptstr. 5a	29556 Suderburg	05826/95897-0



DIE POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN IM ÜBERBLICK

Die Polizeiinspektion erstreckt sich geografisch in Nord-Ost-Niedersachsen über das Gebiet der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen und umfasst damit nahezu 4.000 Quadratkilometer.

Insgesamt mehr als 600 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte der Inspektion, der Polizeikommissariate Lüchow und Uelzen sowie der 21 Polizeistationen gewährleisten die Sicherheit und Ordnung von mehr als 320.000 Bürgerinnen und Bürgern.

Hinzu kommt die Wasserschutzpolizeistation in Scharnebeck, die mit ihren Beamtinnen und Beamten sowohl auf dem Elbe-Seiten-Kanal von Braunschweig bis zur Elbe als auch auf der gesamten Elbe in der Region präsent ist.

Die Polizeiinspektion ist eine von sechs Inspektionen der Polizeidirektion Lüneburg. Die Polizeidienststellen in Lüneburg, Lüchow und Uelzen sind für Sie im Rahmen des Wechselschichtdienstes 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag besetzt und stehen Ihnen für Ihre Anliegen zur Verfügung. Die Polizeistationen in der Fläche sind grundsätzlich von Montag bis Freitag während der allgemeinen Geschäftszeit geöffnet.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@ pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Graefe	04131/8306-1051
Laurits Penske	04131/8306-1052
Social Media Managerin	
Saskia Martin	04131/8306-1053



v.l. Julia Graefe, Mareike Kowalewski, Laurits Penske und Saskia Martin

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u.a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medienlage. Darüber hinaus werden hier u.a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt. Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Pressestelle der Polizeiinspektion

Die Pressestelle dient als Schnittstelle zwischen der Polizei und den Medien in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen und der breiten Öffentlichkeit. Gerade durch diese transparente Öffentlichkeitsarbeit und die täglichen (Presse-) Meldungen über polizeiliche Einsätze und besondere Vorfälle gewährleisten wir den grundsätzlichen Auskunftsanspruch der Medien im Rahmen der Meinungs-, Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates.

Darüber hinaus werden durch die PolizeisprecherInnen bei größeren Einsätzen MedienvertreterInnen an der Einsatzstelle betreut und die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit koordiniert.

Wir als AnsprechpartnerInnen für Presseangelegenheiten sind unter den u.a. Telefonnummern oder per E-Mail unter pressestelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de erreichbar und ansprechbar.

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen der Polizeiinspektion werden über das Portal des Tochterunternehmens der dpa ots „www.polizeipresse.de“ zur Verfügung gestellt.

Diese sind weltweit im Internet abrufbar unter www.presseportal.de/blaulicht/nr/59488

AnsprechpartnerInnen

Polizeikommissar	Michel Koenemann
Festnetz:	04131/8306-2515
Mobil:	01520/9348988
Polizeioberkommissarin	Julia Westerhoff
Polizeihauptkommissar	Kai Richter
Festnetz:	04131/8306 - 2324
Mobil:	01520/9348855



Social Media (Team) – Arbeit

Parallel betreuen wir die Social-Media-Kanäle der Polizeiinspektion auf Facebook und „X“ (ehemals Twitter) und koordinieren zusammen mit mehr als ein Dutzend MitarbeiterInnen das Social Media Team, welches auch unseren Instagram-Account „polizei.lueneburg“ verwaltet.

Facebook: www.facebook.com/polizeidirektion.lueneburg

Twitter: www.x.com/Polizei_LG

Instagram: www.instagram.com/polizei.lueneburg

Darüber hinaus unterstützen wir auch unsere (aktuell) vier „Socialmedia Cops“



POK'in Isabella Eckermann-Harms (ESD Lüneburg)
www.instagram.com/polizei.lueneburg.isi



PK Michel Koenemann (Pressestelle/ESD Lüchow)
www.instagram.com/polizei.luechow.michel



PK'in Jasmin Ritz (ESD Uelzen)
www.instagram.com/polizei.uelzen.jasmin



POK Frank Dreyer (KOB Uelzen)
www.facebook.com/polizei.uelzen.fd



Social Media
Instagram X
Pressemitteilung
Facebook Medien





DIVERSITÄT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

In der Polizeidirektion Lüneburg legen wir großen Wert auf Vielfalt, Inklusion und Gleichberechtigung. Diese Werte spiegeln sich nicht nur in unserer täglichen Arbeit, sondern auch in unserer Organisationsstruktur wider. Um sicherzustellen, dass diese Grundsätze in allen Bereichen unseres Handelns berücksichtigt werden, haben wir entsprechend den gesetzlichen Vorgaben Beauftragte benannt, die sich den verschiedenen Aspekten dieser Themen widmen.

Personalrat

Personalräte sind die Personalvertretungen in öffentlichen Einrichtungen, u.a. in Körperschaften des öffentlichen Rechts von Bund, Ländern und Gemeinden. In den privatwirtschaftlichen Betrieben findet man als Äquivalent die Betriebsräte. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit aller Personalräte in Niedersachsen ist das Landespersonalvertretungsgesetz.

Vertreten werden alle Beschäftigten aus der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Davon ausgenommen sind u.a. die Professoren, Gastdozenten und nebenberuflich beschäftigtes Personal.

Die wichtigste Aufgabe des Personalrats ist die Überwachung der Gesetze, Tarifverträge und anderer Bestimmungen, die den Arbeitnehmern Rechte einräumen. Für die Wahrnehmung dieser Arbeitnehmerrechte hat der Gesetzgeber den Personalräten bestimmte Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz an die Hand gegeben.

Flankiert wird die Arbeit des Personalrats durch besondere Interessenvertretungen wie die Schwerbehindertenvertretung sowie die Gleichstellungsbeauftragte.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist es, alle personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit berühren können, in Bezug auf Chancengleichheit zu betrachten.

Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung fördert die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in die Behörde. Sie vertritt die Interessen und steht den Menschen beratend und helfend zur Seite.

LSBTIQ-Beauftragte

Im Folgenden möchten wir Ihnen die Beauftragten für LSBTIQ vorstellen. Sie vertreten die Stimme und die Interessen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Queeren und spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines offenen, respektvollen und inklusiven Arbeitsumfelds.

Malte Beutner und Stephanie Scholl sind die Ansprechpersonen und beraten bei Krisen oder Konflikten im Arbeitsumfeld, unterstützen bei Einsätzen oder der Sachbearbeitung, bieten Fortbildungen an und halten den Kontakt zur LSBTIQ-Community.

Die Beauftragten für LSBTIQ, Gleichstellung und die Schwerbehindertenvertretung sowie der Personalrat sind wichtige Stützen unserer Organisation. Ihre Arbeit unterstreicht unser Bestreben, eine inklusive und respektvolle Kultur zu schaffen, in der jeder Einzelne seinen Beitrag leisten kann und sich gleichzeitig respektiert und wertgeschätzt fühlt.

Die Polizeidirektion Lüneburg verpflichtet sich, die Rechte und Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten und zu fördern. Durch die Arbeit der Beauftragten und des Personalrates zeigen wir unsere Entschlossenheit, eine Vorreiterrolle bei der Schaffung eines inklusiven und vielfältigen Arbeitsumfeldes zu übernehmen. Dies trägt nicht nur zu einem positiven Arbeitsklima bei, sondern fördert auch die Qualität und Effizienz unserer Arbeit. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, dass bei uns jeder willkommen ist und seine individuellen Fähigkeiten und Perspektiven in die gemeinsame Arbeit einbringen kann.



ENKELTRICK VERHINDERT,

TASCHENDIEB GESTELLT.

und **dein** tag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
 @ POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



TAG DER VIelfALT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Am 4. Dezember 2023 fand der erste „Tag der Vielfalt“ unter dem Motto „Wir sind mehr als uniform“ in der Polizeidirektion Lüneburg statt. Nach der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ markierte die Polizeidirektion Lüneburg als Arbeitgeberin mit dem „Tag der Vielfalt“ nun ihren zweiten Meilenstein, um sich stärker proaktiv für Diversität am Arbeitsplatz einzusetzen.



Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Veranstaltung mit den Worten:

„Diversität, also die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Menschen, die mit Vor- und Nachteilen, mit Privilegien und Diskriminierungen einhergehen, ist das was uns alle im Einzelnen und in der Gruppe ausmacht.“

Vielfalt geht über optisch wahrnehmbare Merkmale wie Alter, Geschlecht und Hautfarbe hinaus. Sie umfasst auch unsere kulturelle Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, chronische Erkrankungen und Behinderungen, unsere sexuelle Orientierung und sozialen Verhältnisse. Durch Gemeinsamkeiten fühlen wir uns zugehörig, durch Unterschiede werden wir bereichert. Wir müssen Diversität proaktiv fördern, um ein attraktives und zukunftsfähiges Arbeitsumfeld zu schaffen.“

Als prominente Gastrednerin lieferte Ana-Cristina Grohnert, ehemalige Vorsitzende des Vereins „Charta der Vielfalt“ sowie ehemalige Personalvorständin eines großen Versicherungskonzerns, wertvolle Impulse und öffnete den rund 90 Teilnehmenden nicht nur die Augen, sondern sprichwörtlich auch die Köpfe.

Vier weitere Referenten aus den Länderpolizeien Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erzeugten eine besondere Nähe der Teilnehmenden zu den Diversitätsdimensionen ethnische Herkunft und Nationalität, Behinderung sowie Geschlecht und geschlechtliche Identität mit ihren ganz persönlichen Geschichten aus dem Polizeialltag.

Polizeikommissar Jonathan Köhler erzählte über den Prozess seiner Geschlechtsangleichung und die unterstützende Begleitung seines Arbeitgebers Polizei.

Alexander Butz erweiterte die Sicht der Teilnehmenden auf das Thema Diensttauglichkeit trotz Behinderung. Er ist der einzige Polizeibeamte in Deutschland, der mit einer Prothese als uneingeschränkt polizeidiensttauglich gilt.

Darüber hinaus verdeutlichten zwei Kollegen aus Berlin, Atila Yelgin und Oussama Laabich, mit ihren jeweilig unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und durch ihre persönlichen Erlebnisse den Mehrwert von interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit im Einsatzgeschehen der Polizei.



Katrin Jäger führte als Moderatorin durch das Programm und verlieh den Ausführungen der Referierenden an entscheidenden Stellen Nachdruck.



Abgerundet wurde das Programm durch einen interaktiven Diversity-Parcours, der die verschiedenen Vielfaltsdimensionen im Einzelnen abbildete.



POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Demokratische Resilienz in der Polizei bezeichnet die Fähigkeit, die demokratischen Werte und Normen zu bewahren, zu schützen und zu stärken. Es ist die grundlegende Aufgabe der Polizei, als Garantin für die innere Sicherheit die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu leben und zu verteidigen. Dabei sind selbstkritische Auseinandersetzungen mit der eigenen Geschichte und das Verständnis der historischen Ereignisse wesentliche Aspekte.

In der Polizeidirektion Lüneburg gibt es klare Bestrebungen, diese demokratische Resilienz zu fördern und zu stärken. Alle neu zu versetzten Polizistinnen und Polizisten in der PD Lüneburg sind verpflichtet, die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen zu besuchen. Dieser Besuch dient als lebendige Erinnerung an die Gräueltaten der Vergangenheit und als ständige Mahnung, die Rechtsstaatlichkeit und die Werte einer demokratischen Gesellschaft hochzuhalten. Es ist ein essentieller Schritt zur Stärkung der Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Erscheinungen und ein Symbol der Verpflichtung gegenüber den Opfern.

Zudem wurde in der PD Lüneburg und der Stiftung Lager Sandbostel am 22.05.2023 eine wegweisende Kooperationsvereinbarung getroffen. Dieses Ereignis wurde von über 200 Vertretern aus der Polizei, dem Innenministerium sowie der kommunalen Politik begleitet. Die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, betonte in ihrer Rede die Bedeutung der Erinnerungsarbeit: „Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, wir müssen von ihr lernen. Dies gilt für jede und jeden Einzelnen, für die Gesellschaft, für die staatlichen Institutionen. Aus unserer gemeinsamen Historie ist es wichtig, dass das polizeiliche Handeln sich rechtsstaatlich, transparent und bürgernah gestaltet.“



Der Vertrag sieht spezielle historisch-pädagogische Aus- und Fortbildungen vor Ort für die Angehörigen der PD Lüneburg vor. Gemeinsame Veranstaltungen und Forschungsprojekte sollen entwickelt und durchgeführt werden und die Gedenkstätte wird als ein bedeutender Teil der Erinnerungs- und Gedenkkultur Niedersachsens gefördert.

Polizeipräsident Thomas Ring erklärte in seiner Rede die Bedeutung dieser Vereinbarung: „Unsere Gesellschaft darf niemals vergessen, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Orten wie diesen verübt worden sind. Zur Stärkung der Resilienz gegen demokratiegefährdende Einflüsse und der Aufrechterhaltung der demokratischen Werte und Normen ist die Auseinandersetzung mit unserem historischen Erbe unerlässlich. Ich bin stolz auf die heute unterzeichnete Kooperationsvereinbarung der Stiftung Lager Sandbostel und meiner Polizeidirektion und darauf, dass dieser historische Ort nunmehr auch für die Angehörigen der Polizeidirektion Lüneburg ein Ort des Innehaltens, des Lernens und des Austauschs ist“.



Diese Initiativen der PD Lüneburg zeigen ein klares Bekenntnis zur Förderung der demokratischen Resilienz und zur kontinuierlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte.

Es ist ein Schritt in die Richtung einer starken und widerstandsfähigen Demokratie, die die Grundwerte unserer Gesellschaft bewahrt und schützt.



POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG

„Warum radikalieren sich Menschen?“ – Psychologe und Extremismusforscher Ahmad Mansour als Referent zu Gast bei „Woche der Demokratie“ der Polizei Lüneburg

„Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“

Vor dem Hintergrund dieses strategischen Ziels fanden im Rahmen der Demokratiewoche der Polizeidirektion Lüneburg verschiedene von polizeiinterne Fortbildungsveranstaltungen in den Landkreisen der gesamten Polizeidirektion statt.

Einen ganz besonderen Gast konnte dabei die Polizei Lüneburg für ihre Präsenzveranstaltung im November 2022 mit dem bundesweit bekannten Psychologen und Extremismusforscher Ahmad Mansour aus Berlin gewinnen.

Bereits für das Frühjahr des Jahres hatte die Polizeiinspektion einen Kontakt mit dem deutsch-israelische Psychologen für eine ähnliche polizeiinterne Vortragsveranstaltung hergestellt, die flankierend zur bundesweiten Wanderausstellung „Was' los, Deutschland!“ laufen sollte, jedoch aufgrund der Corona-Situation abgesagt werden musste. Besonders freuten sich die Organisatoren, dass im Rahmen der Demokratiewoche der Präsenzvortrag nun doch noch realisiert werden konnte.

Für die Veranstaltung war die Polizei aufgrund der hohen Teilnehmerzahl zu Gast bei der Bundeswehr in der Theodor-Körner-Kaserne in Räumlichkeiten des Aufklärungslehrbataillons 3, so dass neben gut 120 PolizeibeamtInnen von Polizeiinspektion, Polizeidirektion, Zentraler Kriminalinspektion und 4. Bereitschaftspolizeiuhndertschaft auch zahlreiche SoldatInnen des Aufklärungslehrbataillons den Vortrag von Ahmad Mansour verfolgen konnten.

Stellvertretend für die Polizei begrüßte die Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion, Frau Inga Ritters-Timm, die Anwesenden und sprach ihren besonderen Dank auch dem anwesenden stv. Bataillons-Kommandeur Oberstleutnant Ludwig aus.

Parallel erinnerte Ritters-Timm, „dass wir die freiheitliche Demokratie nicht als selbstverständlich nehmen dürfen. Dies lehrt uns neben der Geschichte aktuell auch das derzeitige Weltgeschehen. Gerade die Polizei als Exekutive muss stets

wachsam sein und aktiv für den Erhalt der Demokratie eintreten, in dem wir ihre Werte aktiv leben, uns mit ihr und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir sie. Dazu gehört insbesondere auch, dass sich die Polizei als Organisation nach innen stärkt, um der Aufgabe, dem Schützen und Bewahren der freiheitlich demokratischen Grundordnung, gerecht zu werden. Nur so wird es uns dauerhaft gelingen die demokratischen Werte nach außen zu tragen.“

„Um Vorurteile, Kognitive Dissonanz, Empathie, Warum radikalieren sich Menschen? und die Polizei“, ging es dann im fast dreistündigen Vortrag, Gedankenaustausch und Diskussion von Ahmad Mansour





Ausgehend von seiner eigenen Situation beschrieb Mansour die Verhältnisse, unter denen muslimische Jugendliche sich von radikalen Islamisten angezogen fühlen. Er selbst - in einem kleinen arabischen Dorf in Israel 1976 geboren, aufgewachsen und eher ein Außenseiter - fühlte sich nicht angenommen und akzeptiert. Das änderte sich, als er über die Ansprache eines Imams Kontakte zu radikalen Islamisten bekam; so wurde er in seiner Jugend selbst radikaler Islamist.

Insbesondere seine veränderte Lebenssituation zu Beginn seines Psychologiestudiums führte dazu, das Erlernte in Frage zu stellen, Widersprüche aufzudecken und sich vom Islamismus loszusagen. Sein persönlicher Hintergrund führte dazu, dass er sich in vielen Projekten für den Kampf gegen Radikalisierung von Jugendlichen engagiert - seit 2004 lebt und arbeitet er in Berlin. Seine eigenen Erfahrungen und Einblicke erleichtern ihm, an Schulen und in Vorträgen die zentralen ideologischen Komponenten und Strategien radikaler muslimischer Gruppierungen aufzuzeigen.

Mit kurzen Sequenzen und Bildern veranschaulichte Mansour die ideologischen Komponenten mit Stichworten wie Antisemitismus, Buchstabenglaube, Betonung der Opferrolle und dem Angebot, sich in salafistischen Gruppen von dieser zu befreien und gleichberechtigt, akzeptiert und anerkannt zu werden. Die Strategien basieren dabei auf einer Angstpädagogik, die bei Abweichungen Tod und Hölle heraufbeschwört, die aber andererseits denen, die sich den Regeln unterwerfen, ein moralisches Überlegenheitsgefühl und

Macht über andere verleiht. Die Ideologie wird zur Legitimation, Gewaltphantasien auszuleben, die noch zusätzlich mit der Aussicht auf das Paradies belohnt werden.

Patriarchalische Familienstrukturen

Dabei können sich die Islamisten auf Strukturen und Ansichten stützen, die auch in gemäßigten Varianten des Islam zu finden sind. So werde der Buchstabenglaube von vielen Imamen gepredigt, die restriktiv und strafend auf Fragen reagieren, statt sie zu beantworten oder zu erklären.

Des Weiteren seien patriarchalische Familienstrukturen, in denen eine starke Hierarchie zu Bevormundung und teilweiser Entmündigung der Kinder, insbesondere der Mädchen führt, mitverantwortlich für deren Steigerung zu autoritären islamistischen Weltbildern.

Viele betroffene Eltern berichten ihm, dass ihre Kinder plötzlich hochmotiviert seien und sich gerne für die Salafisten-Szene engagieren würden. Es mache ihnen schlicht und ergreifend Spaß, mit anderen Jugendlichen für eine gemeinsame Sache zu kämpfen. „Salafisten sind leider häufig noch die besseren Sozialarbeiter“, konstatierte Mansour.

Empathie als Basis einer gesunden Gesellschaft

Immer wieder warnte er jedoch auch davor, zu verallgemeinern und unikausale Ursachen beziehungsweise Lösungen zu suchen. Vielmehr müsse jeder Einzelfall genau betrachtet und hinterfragt werden, bevor Urteile gefällt würden. Empathie, so Ahmad Mansour, ist der Grundstein einer gesunden Gesellschaft, eines guten Umgangs miteinander und das beste Mittel gegen Hass.

Es müsse ein Umdenken in Politik, Sozialarbeit und Pädagogik geben und nicht nur punktuelle, sondern flächendeckende und langfristige Präventionskonzepte entwickelt und umgesetzt werden, die demokratische Werte vermitteln und Partizipationsmöglichkeiten anbieten.

Neben Begegnung, Kontakt und Kommunikation forderte Mansour jedoch auch deutlich die Probleme zu benennen

und über Realitäten offen zu sprechen, denn nur so sie es möglich wirklich die Demokratie zu schützen.

Polizei: Unterschiedlichkeit sowie konsequentes und rechtsstaatliches Handeln

Die Polizei auch als Spiegelbild der Gesellschaft setzt sich aus sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten zusammen, mit individuellen Biographien, sozialem Umfeld, Religionszugehörigkeit. In den vergangenen Jahren ist auch die Polizei deutlich „multikultureller“ geworden. Immer mehr Menschen im Polizeidienst haben einen Migrationshintergrund, denn Unterschiedlichkeit ist auch im Polizeidienst ein wichtiges Thema. Mansour ist überzeugt, dass es der Polizeiarbeit gut tut, wenn Menschen mit den verschiedensten Erfahrungen gemeinsam am gleichen Ziel arbeiten: der Inneren Sicherheit.

Wer exekutive Gewalt in einem Rechtsstaat ausüben darf, verfügt über ein Privileg, dessen Missbrauch hart bestraft werden muss. Nur so erhalten wir das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, unsere Demokratie und letztlich unsere Freiheit, ist sich Mansour sicher. Die Konsequenz aus erodierendem Vertrauen wäre Selbstjustiz.

Richtig zu handeln ist in der polizeilichen Praxis oft knifflig.

Inwieweit ist es legitim Menschen mit anderer Hautfarbe zu kontrollieren, ohne sich dem Vorwurf von Rassismus bzw. von „Racial Profiling“ auszusetzen?

Parallel stellt sich die Frage, wie man auf einen Autofahrer reagieren soll, der bei einer Routinekontrolle angibt, er könne aufgrund seiner Kultur oder Religion nicht mit einer Polizeibeamtin (Frau in Uniform) kooperieren?

Hinzu kommt, dass nicht wenige Kriminelle ganz gezielt auf die „Rassismuskarte“ setzen: Sie spielen sich als Opfer einer rassistischen Verfolgung auf, um die Polizisten zu verunsichern, deren Arbeitsbelastung durch zusätzliche Anträge und Anhörungen zu erhöhen und so letztlich von ihrer Straftat abzulenken.

Auf solche Situationen muss man Polizeibeamte vorbereiten, fordert Mansour. Polizeibeamte dürfen nicht aus der Angst heraus, das Falsche zu tun, so verunsichert sein, dass sie am Ende doch falsch handeln.

Abgerundet wurde der Vortrag mit verschiedenen Fragen und Anmerkungen sowie einer umfangreichen Diskussion.

Aufgezeichnet und mitgeschnitten wurde die fast dreistündige Vortragsveranstaltung mit Fragen und Diskussionsrunde auch durch Polizei-TV



Hintergrund:

Ahmad Mansour ist gebürtig arabischer Israeli und lebt seit 2004 in Berlin. Er ist Diplom-Psychologe und derzeit bundesweit als Experte für Extremismusbekämpfung nachgefragt. Zum Beispiel begleitet er Familien von radikalisierten Jugendlichen oder Aussteiger und verurteilte Terroristen. Mansour berät seit vielen Jahren das Landeskriminalamt Berlin und wirkt als Lehrbeauftragter an der dortigen Polizeischule und an der Fachhochschule Münster. Von 2013 bis 2017 wirkte Ahmad Mansour auch als Berater und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der staatlich geförderten Beratungsstelle Hayat, von 2012 bis 2014 war er Mitglied in der Deutschen Islamkonferenz.

2017 gründete Mansour „Mind Prevention“, die Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention, und hat dort die Geschäftsführung inne. Das Institut schult Lehrer, Polizisten, Pädagogen und Sicherheitsangestellte unter anderem zu folgenden Themen: linker und rechter Extremismus, Islamismus, Radikalisierung, Antisemitismus und Unterdrückung von Frauen im Namen der Ehre. Außerdem arbeitet Ahmad Mansour mit radikalisierten Jugendlichen in Gefängnissen und bietet Workshops in Schulen, Asylheimen und Willkommensklassen.

Ahmad Mansour erstellt zudem Gutachten für Gerichte und ist ein gefragter Redner bei Verbänden, Unternehmen und Akteuren der Zivilgesellschaft. Auch als Autor zahlreicher Bücher und Gastbeiträge ist er bekannt. Für seine Arbeit und sein gesellschaftliches Engagement wurde er vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung der Toleranz, dem Carl-von-Ossietzky-Preis, dem Theodor-Lessing-Preis sowie dem Menschenrechtspreis 2019 der Gerhart und Renate Baum-Stiftung.

Quellen: www.denkfabrik-r21.de/ahmad-mansour
Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention GmbH: www.mind-prevention.com



WEGE ZUR POLIZEI

Du bist gerade dabei, Dein Abitur bzw. Deine Fachhochschulreife zu absolvieren oder hast Deinen Abschluss bereits in der Tasche?

Dann musst Du folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllen:

- Du hast die deutsche Staatsbürgerschaft, die eines anderen EU-Staates, eines Staates aus dem europäischen Wirtschaftsraum oder Du bist im Besitz einer gültigen Niederlassungserlaubnis.
- Du hast sechs Jahre Englischunterricht besucht oder kannst ein Zertifikat über eine abgelegte Prüfung gemäß des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen, Level B 1 (entspricht dem Leistungsstand der Klasse 10, Sekundarstufe 1) vorlegen.
- Du bist gerichtlich nicht bestraft.
- Du bist am Tag der Einstellung nicht älter als 31 Jahre (Ausnahmen sind im Einzelfall möglich).
- Du bist im Besitz der Fahrerlaubnis der Klasse B oder der Prüfbescheinigung Begleitetes Fahren ab 17 (BF17). Vorlage des Nachweises bis spätestens einen Monat vor Einstellung.
- Du hast das Deutsche Schwimmabzeichen Bronze (oder höherwertig). Wir benötigen den Nachweis hierüber spätestens zum Studienbeginn.
- Du bist darüber hinaus gesund und sportlich.

Im Einzelfall sind Ausnahmen möglich. Bitte erkundige Dich bei uns, wenn Du nicht alle Voraussetzungen erfüllst.

Mit Realschulabschluss zur Polizei? Kein Problem! So geht's:

- Stelle Deine Leistungen im Eignungsauswahlverfahren unter Beweis und sichere Dir einen der begehrten Praktikantenverträge.
- Erlange die Fachhochschulreife durch den Besuch der zweijährigen Fachoberschule (FOS) Wirtschaft und Verwaltung (Verwaltung und Rechtspflege). Das Praktikum im Rahmen des Besuchs der Klasse 11 der Fachoberschule absolvierst Du natürlich bei uns.
- Starte anschließend direkt – ohne erneute Bewerbung – in das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen. Du musst lediglich den Sporttest wiederholen und Dich erneut einer medizinischen Überprüfung unterziehen.

Um Dich bewerben zu können, musst Du neben den allgemeinen Voraussetzungen Folgendes mitbringen:

- Realschulabschluss mit einem Gesamtnotenschnitt von mindestens 3,3
- Mindestens die Note 3 in den Fächern Mathematik und Deutsch
- Dein Sozialverhalten muss mindestens mit "entspricht den Erwartungen" beurteilt worden sein.



NACHWUCHSGEWINNUNG



NACHWUCHSWERBUNG UND AUSBILDUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION

Der Beruf Polizistin/Polizist

Eine Karriere bei der Polizei Niedersachsen ist mehr als nur ein Beruf. Polizistinnen und Polizisten sorgen 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 365 Tage im Jahr für Sicherheit. Egal ob im Einsatz- und Streifendienst, im Ermittlungsdienst, in der Kriminaltechnik oder als Teil der Bereitschaftspolizei: Wir arbeiten, damit sich alle Menschen in Niedersachsen sicher fühlen können.

So ist bei uns immer was los und jeder Tag sieht anders aus. Und auch sonst ist der Beruf Polizistin / Polizist eine sichere

Sache. Weil Polizistinnen und Polizisten immer gebraucht werden, ist der Job krisensicher. On Top wirst Du verbeamtet, was den Arbeitgeber extrem zuverlässig macht. Außerdem erhältst Du eine absolut leistungsgerechte Bezahlung – schon im Studium. Unsere verschiedenen Aufstiegs- und Spezialisierungsmöglichkeiten sind an jede Karrierevorstellung individuell anpassbar und durch die Schichtdienstmodelle sehr gut mit dem Wunsch nach Familie vereinbar – eben ein Beruf fürs Leben.

- **Mitwirkung bei der Nachwuchswerbung**
- **Betreuung/Planung und Koordination von Praktikanten der PA/FOS/ anderer Behörden sowie der allgemeinbildenden Schulen**
- **Koordination und Durchführung des Zukunftstages (Girls- & Boys-Day)**
- **Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen auch in Rahmen von Berufsmessen, in Schulen, der Agentur für Arbeit sowie in Einzelgesprächen**
- **Individuelle Einstellungsberatung**
- **Organisation der Nachwuchstage und Info-Veranstaltungen**



Unser Ansprechpartner:

Polizeihauptkommissar Christopher Leske
– Sachbearbeiter Ausbildung –

Auf der Hude 1
21339 Lüneburg

Tel. 04131/ 8306-2415

E-Mail: ausbildung@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Die Suche nach dem richtigen Beruf erfordert möglichst weitgehende und realistische Einblicke in Arbeitsbereiche. Neben unserem Angebot entsprechender Praktika möchten wir Ihnen zu diesem Zweck Gespräche mit unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort ermöglichen. Hierzu stellen wir Ihnen im Folgenden unsere Einstellungsberater/-innen bei den örtlichen Polizeidienststellen vor.

Die Einstellungsberater/-innen stehen Ihnen für persönliche Gespräche zur Verfügung, beantworten Fragen gern auch per E-Mail oder kommen auf Einladung gern zu Informationsveranstaltungen örtlicher Schulen, Vereine usw.

DEIN ANSPRECHPARTNER

Noch Fragen? Unsere Einstellungsberater sind gerne auch ganz persönlich für Dich da. Suche Dir einen Ansprechpartner für Deine Region und vereinbare einen Termin, um alle noch offenen Fragen zu klären und Dich umfassend beraten zu lassen.

www.polizei-studium.de/einstellungsberater

POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Christopher Leske

PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
04131 8306-2415
ausbildung@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Pia Söker

PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
pia.soeker@polizei.niedersachsen.de

Christian Runne

PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
christian.runne@polizei.niedersachsen.de

Constantin Chmelka

PK Lüchow
constantin.chmelka@polizei.niedersachsen.de

Timon Oetzmann

PK Uelzen
0581 930-215
timon.oetzmann@polizei.niedersachsen.de

Theresa Rathjens

PK Uelzen
theresa.rathjens@polizei.niedersachsen.de



DAS AUSWAHLVERFAHREN

Prüfung deiner Bewerbung

Im ersten Schritt des Auswahlverfahrens prüfen wir, ob Du alle nötigen Voraussetzungen für eine Bewerbung bei uns erfüllst und ob Deine Unterlagen vollständig sind. Bitte achte darauf, alle notwendigen Unterlagen hochzuladen. Falls Du Dich schriftlich bewirbst, beachte unsere Checkliste auf der Website. Das vermeidet zusätzliche Arbeit, Kosten und wir können Dich zeitnah für unseren ersten Testabschnitt einladen.

Nach Eingang Deiner Bewerbung senden wir Dir zeitnah eine Bestätigung über den Eingang dieser zu.

1. Testtag - Der computergestützte Eignungstest

Der nächste Schritt auf Deinem Weg zur Polizeikommissaranwärterin, bzw. zum Polizeikommissaranwärter ist ein computergestützter Eignungstest.

Wichtig zu wissen:

Es handelt sich um einen reinen Computertest.

Geprüft werden u.a. Sprach- und Ausdrucksvermögen, Denkaufgaben, Problemlösungsaufgaben, Zahlenreihen, Gedächtnisübungen, Postkorbübung, Rechtschreibung

Dauer: ca. 4 1/2 Stunden (inkl. Pause).

Um dich optimal auf den computergestützten Eignungstest vorzubereiten, empfehlen wir Dir, an unserem Online-Coaching teilzunehmen.

1. Testtag - Die Sportprüfung

Im Rahmen der Sportprüfung möchten wir feststellen, ob Du den besonderen körperlichen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes genügt.

Der Sporttest setzt sich aus insgesamt 6 Prüfungsmodulen zusammen.

- Kasten-Bumerang-Test
- Farmers Walk
- Personenrettung
- Jump & Reach
- Waffenhandhabung
- 3.000-Meter-Lauf



2. Testtag - Das strukturierte Interview

Wenige Wochen nach dem computergestützten Eignungstest und der Sportprüfung findet Dein Auswahlgespräch statt, welches in Form eines Strukturierten Interviews durchgeführt wird.

Eine Auswahlkommission wird in einem Gespräch mit Dir beurteilen, ob Du für den Polizeiberuf geeignet bist. Hierfür möchten wir u.a. Deine Fähigkeiten in Bereichen wie Kontaktverhalten, Berufsmotivation/Einstellung zum Beruf, Sozialverhalten, emotionale Stabilität oder auch Eigeninitiative feststellen und bewerten. Das Interview wird etwa 45 – 60 Minuten dauern. Bitte wundere Dich nicht, wenn das Interview etwas anders verläuft, als Du es erwartest. Die Kommission hat sich intensiv auf die Auswahlgespräche vorbereitet und sich bereits im Voraus für bestimmte Fragen entschieden, die dann im Verlauf des Interviews gestellt werden. Das Interview wirkt dadurch ggf. etwas strenger als ein frei geführtes Gespräch.

Der Ablauf

Das Interview beginnt mit Deiner Selbstvorstellung und einigen Nachfragen zu Deinem Berufswunsch und Deinem Lebensweg. Im Anschluss daran werden Dir mehrere Fragen gestellt, die sich auf Dein bisheriges Leben (Deine Biographie) beziehen. Wir werden Dich jeweils bitten, ein ganz konkretes, für Dich typisches Beispiel zu nennen, das Du tatsächlich erlebt hast. Beschreibe Dein damaliges Verhalten so genau wie möglich. Es ist hier besonders wichtig, dass Du ein ganz konkretes Beispiel nennst und nicht, wie Du Dich im Allgemeinen verhältst.

Nach den biographischen Fragen folgen die situativen Fragen. Bei diesen Fragen wirst Du aufgefordert, Dich in die Rolle eines Polizisten/einer Polizistin zu versetzen, der/die eine vorgegebene Situation bewältigen muss. In diesem Teil ist es sehr wichtig, dass Du Schritt für Schritt beschreibst, wie Du Dich in dieser Situation verhalten würdest.

Nach dem Strukturierten Interview erhältst Du vorbehaltlich der medizinischen Eignung eine Einstellungszusage bei Deiner Wunschbehörde.

2. Testtag - Die polizeiärztliche Untersuchung

Die medizinischen Unterlagen schicken wir Dir per Mail vorab. Der Termin für die medizinische Untersuchung und das strukturierte Interview wird Dir je nach Kapazität am jeweiligen Standort zugesandt.

Die Untersuchung findet bei einem der sechs Medizinischen Dienste statt und dauert ca. 4 -5 Stunden. Geprüft wird, ob Du den besonderen gesundheitlichen Anforderungen des Polizeidienstes genügt.

Deine medizinischen Unterlagen bringst Du bitte am Tag der Untersuchung mit. Der Hausarztbogen und die Selbstauskunft sind zwingend am Untersuchungstag vorzulegen.

Es ist nicht erforderlich, nüchtern zum Untersuchungstermin zu erscheinen. Das Trinken von Wasser im Vorfeld ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Bring Dir außerdem etwas zum Frühstück bzw. Mittagessen mit.



MEIN WEG ZUR POLIZEI – ERFAHRUNGSBERICHT EINES FACHOBERSCHÜLERS

Mein Name ist Yannik M., ich bin 20 Jahre alt und studiere derzeit im 2. Studienjahr an der Polizeiakademie in Oldenburg.

Der Wunsch, den Polizeiberuf zu ergreifen, bestand im Inneren bereits seit der weiterführenden Schule. Dort habe ich in der 9. Klasse ein freiwilliges Praktikum bei der Polizei in den Herbstferien absolviert.

Ab diesem Zeitpunkt war mir klar, dass dies mein zukünftiger Beruf werden soll. Ich informierte mich mehr und mehr über den Beruf und über die Einstellungsvoraussetzungen, sodass ich mich dazu entschied, mich als Fachoberschüler mit einem Realschulabschluss bei der Polizei zu bewerben.

Nach ungefähr 2 Wochen bekam ich bereits eine Einladung zum computergestützten Auswahlverfahren und den sportlichen Eignungstest in Hann. Münden. An der Polizeiakademie in Hann. Münden angekommen, durften wir uns schon an unseren Platz vor den PC setzen. Im anschließenden Test wurde vor allem die Merkfähigkeit, Rechtschreibung, wie auch das Arbeiten unter Zeitdruck geprüft.

Als ich diesen Teil des Auswahlverfahrens bestanden hatte, gab es eine Mittagspause und den anschließenden Sporttest. In meinem Fall beinhaltete dieser das Laufen von 5 km in maximal 29 Minuten. Auch diese Hürde konnte ich erfolgreich meistern.

3 Tage später bekam ich eine Einladung zum Auswahlgespräch in Lüneburg. Dies fand genau 7 Tage nach meinen Tests in Hann. Münden statt. Dort wurde meine Persönlichkeit, wie auch meine mentale Polizeitauglichkeit geprüft. Als das Gespräch beendet war, durfte ich mich draußen im Flur hinsetzen und auf das Ergebnis warten. Nach kurzer Zeit bekam ich auch schon die Mitteilung, dass ich auch diesen Test bestanden habe. Nun fehlte mir nur noch der medizinische Test. Diesen durfte ich ein paar Wochen später in Braunschweig absolvieren. Auch hier bekam ich ein positives Ergebnis.

Am 03.08.2020 war es dann soweit. Ich durfte mein Praktikum bei der Polizei als Fachoberschüler beginnen. Das Praktikum ist Inhalt der 11. Klasse der berufsbildenden Schulen im Bereich Verwaltung und Rechtspflege.

Dort sind eine bestimmte Anzahl an Praktikumsstunden zum Erlangen der Fachhochschulreife, welche für das Studium benötigt wird, vorgeschrieben. Am ersten Tag wurden die anderen Fachoberschüler und ich von unserer Aus- und Fortbildung begrüßt und auf der Dienststelle herumgeführt.

Ab dem nächsten Tag durfte ich dann mein Praktikum im Einsatz- und Streifendienst beginnen. Im weiteren Verlauf meiner Praktikumszeit durfte ich außerdem noch in die Arbeit der Kriminalpolizei, der Verfügungseinheit und der Polizeistation hineinschnuppern.

Ein Jahr später habe ich die 11. Klasse beendet und wurde in die 12. Klasse versetzt.

Ab dem Zeitpunkt war das Praktikum beendet und somit belief sich die Unterrichtszeit auf 5 Tage die Woche.

Im Januar 2022 bekam ich eine Einladung zum 2. Medizinischen Test und im April 2022 musste ich die Sportprüfung noch einmal absolvieren.

Im Mai 2022 wurde mir dann der Studienstandort Oldenburg zugewiesen.

DAS PRAKTIKUM:

POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

VORAUSSETZUNGEN:

- ☑ Mindestalter 15 Jahre
- ☑ mindestens Realschulniveau, ab Klasse 9
- ☑ Schulnoten 3 (befriedigend) in Mathe und Deutsch
- ☑ Notendurchschnitt bis 3,2
- ☑ Arbeits- und Sozialverhalten entspricht den Erwartungen (Zeugnis)
- ☑ keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen (z. B. Asthma, Diabetes)
- ☑ keine Vorstrafen

Für interessierte Praktikanten/-innen außerhalb der Schule gelten die Bewerbungsvoraussetzungen zum Studium an der Polizeiakademie!

polizei-studium.de
POLIZEI NIEDERSACHSEN KARRIERE

EINZUREICHENDE UNTERLAGEN:

- ☑ Formelles Anschreiben (Vorstellung der Person und Grund der Bewerbung)
- ☑ Tabellarischer Lebenslauf mit Foto und E-Mail-Adresse
- ☑ Kopie des letzten Zeugnisses

Das Praktikum kann maximal für zwei Wochen und dann maximal 12 Monate im Voraus ermöglicht werden – nach Absprache auch in der Ferienzeit.

➔ Kontakt / Bewerbungsunterlagen versenden an:

Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
Christopher Leske, Polizeihauptkommissar
– Sachbereich Ausbildung –
Auf der Hude 1
21339 Lüneburg

Telefon: 04131 8306-2415
ausbildung@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Die Abschlussprüfungen zum Erwerb der Fachhochschulreife standen außerdem im Mai 2022 an. Das Abschlusszeugnis wurde im Juni 2022 ausgehändigt. Im Sommer stand die Vorbereitung auf das Studium, wie auch die Wohnungssuche, an. Die Suche nach einer passenden Wohnung konnte ich problemlos über andere Studierende von der Akademie abschließen. Dafür haben wir im Voraus einen Zugang zu einem polizeiinternen Netzwerk bekommen.

Am 4.10.2022 begann dann mein Studium an der Polizeiakademie. Am ersten Tag wurden wir von der Studienstandortleitung begrüßt. Anschließend wurden wir in verschiedene Studiengruppen eingeteilt und in einen anderen Raum gebeten. Hier folgte dann eine Einweisung in die Verhaltensweisen am Studienstandort.

Im Laufe des ersten Jahres standen dann Prüfungen in allen Grundlagenfächern an. Aber auch die Fertigungsprüfungen in den Bereichen Allgemeine Fitness, Abwehr- und Zugriffstechniken, wie auch Schießtraining, wurden ausgeführt.

Durch das Praktikum als Fachoberschüler kannte ich bereits viele Themen, wodurch mir der Einstieg in das Studium relativ leichtfiel.

Nachdem alle Prüfungen absolviert wurden, begann schon das 3-monatige Praktikum im Einsatz- und Streifendienst. Im Gegensatz zum Praktikum in der Fachoberschule, durfte ich diesmal mit meinem Anleiter alleine fahren und selbst polizeiliche Maßnahmen treffen.

Auch hier hatte ich durch mein vorheriges Praktikum einige Vorteile. Dadurch, dass ich mir bereits bei anderen Kollegen eine Menge abgucken konnte, hatte ich schon in den ersten Tagen ein wenig mehr Handlungssicherheit.

Nach diesem Praktikum stand die Hausarbeit an. Diese bestand in meinem Fall aus 15 Seiten und beinhaltete das Thema „Effektive Auslesemethoden an Kraftfahrzeugen aus polizeilicher Perspektive: Analyse, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven“.

Nach Abgabe ging es dann zu meinem jetzigen Praktikum in die Ermittlung. Hier bin ich zur Zeit im 6. Fachkommissariat in der Jugendsachbearbeitung.

In Zukunft stehen noch zwei schriftliche Leistungen, wie auch die Bachelorarbeit und die Verteidigung dieser an. Diese müssen noch erfolgreich absolviert werden, um das Studium zu bestehen.

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Steigende Gesamt-Fallzahlen, erneute Steigerung der Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle wieder gestiegen, so das Resümee der PKS 2023 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z.B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfolgungs-

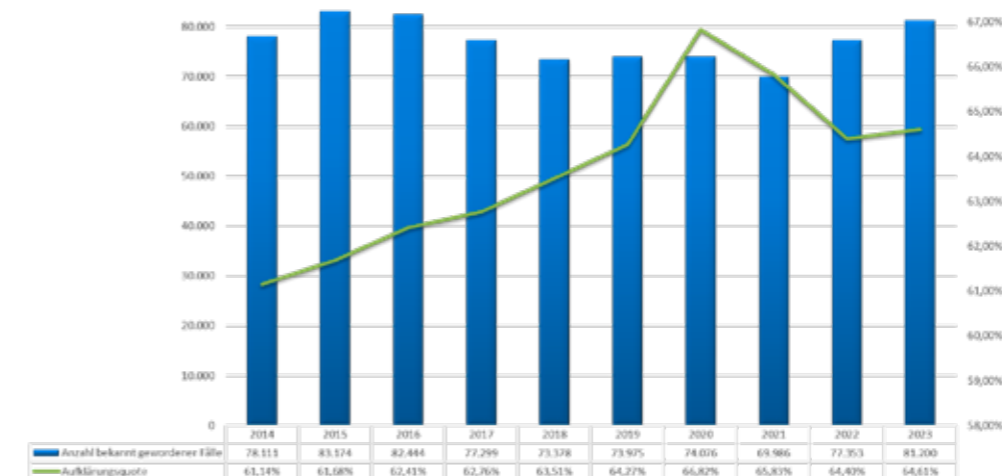
intensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelierten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2023 um 4,97% auf 81.200 gestiegen (2022: 77.353). Die Entwicklung liegt somit leicht unterhalb des landesweiten Trends (+5,57%).

Die Aufklärungsquote lag 2023 bei 64,61% und hat sich gegenüber dem Jahr 2022 (64,40%) leicht verbessert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 62,51%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2023 sind insgesamt 60 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2022: 91 Fälle). Die Aufklärungsquote liegt bei 90,00%. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

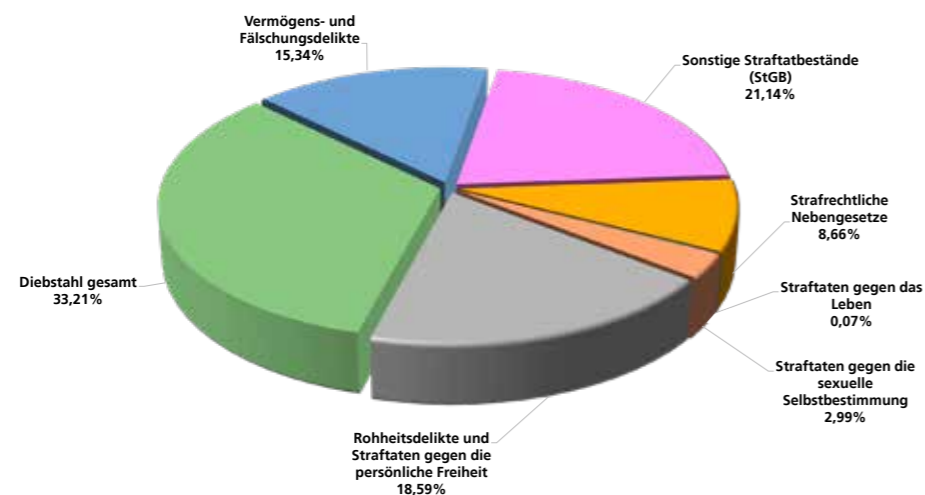
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen Anstieg von 25,71 % auf 2.430 Taten (2022: 1.933). Von den 2.430 Taten fallen 1.365 Taten auf den Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte, insbesondere Verbreitung/Besitz von kinderpornografischen Inhalten“. Die Aufklärungsquote liegt bei 92,59% und ist im Vergleich zum Vorjahr (90,84%) gestiegen.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte stieg im Vergleich zum Vorjahr um 812 auf 15.094 Fälle an (2022: 14.282). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei 90,90% (2022: 91,07%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 3,59% auf 9.320 (2022: 8.997) Fälle anstiegen.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



Häusliche Gewalt

Im Jahr 2023 gab es insgesamt 4.411 Fälle der häuslichen Gewalt. Dies stellt erneut eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr dar (2022: 4.133). Rund 60% der Taten sind der partnerschaftlichen Gewalt zuzuordnen. Es gab 4.082 Opfer der häuslichen Gewalt (ca. 30% männlich, ca. 70% weiblich), wovon 14% zur Tatzeit minderjährig waren. Die meisten Opfer lebten zur Tatzeit mit dem Täter/der Täterin in einer bestehenden Partnerschaft/Ehe.

Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2023 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktsgruppe dar. Abermals stieg ihre Zahl um 10,49% auf 26.967 (2022: 24.407) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist im Vergleich zu 2022 (1.099) um 227 Fälle auf 1.326 gestiegen. Im Jahr 2023 blieb es von diesen Fällen 565-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungssensitiven Deliktsfeld bei 20,74% (2022: 27,93%).

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten gab es im Vergleich zu 2022 (12.222) eine weitere Zunahme auf 12.455 Taten. Den wesentlichsten Anteil an der Gesamtzahl haben weiterhin die Betrugstaten mit 9.379 Fällen.

Cybercrime/Internetkriminalität

Die Straftaten mit dem „Tatmittel Internet“ sind im Vergleich zu 2022 (4.721) um 6,97% auf 5.050 Fälle gestiegen. Im Zusammenhang mit dem „Tatmittel Internet“ ist vor allem im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ein enormer Anstieg von 50,41% zu verzeichnen. Der Anstieg liegt überwiegend im Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte“.

Im Hinblick auf Hasskriminalität im Internet sind in den vergangenen Jahren weiterhin diverse Informations- und Präventionskampagnen durchgeführt worden, die ein vermehrtes Anzeigeverhalten der Opfer zur Folge hatten. Die öffentliche Wahrnehmung und die konsequentere strafrechtliche Verfolgung der entsprechenden Straftatbestände sind als weiterer Grund anzusehen.

Im Bereich der Computerkriminalität ist vor allem im Bereich des Waren- und Warenkreditbetruges ein Rückgang zu verzeichnen.

Phänomenbetrachtung „Falsche Polizeibeamte“

Bei der Betrachtung des Phänomenbereiches „Falsche Polizeibeamte“ ist ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Seit Erfassung der Daten im Jahr 2020 befinden sich diese mit 69 Taten im Jahr 2023 auf dem niedrigsten Stand. Der Höchststand in 2020 lag bei 272 Taten.

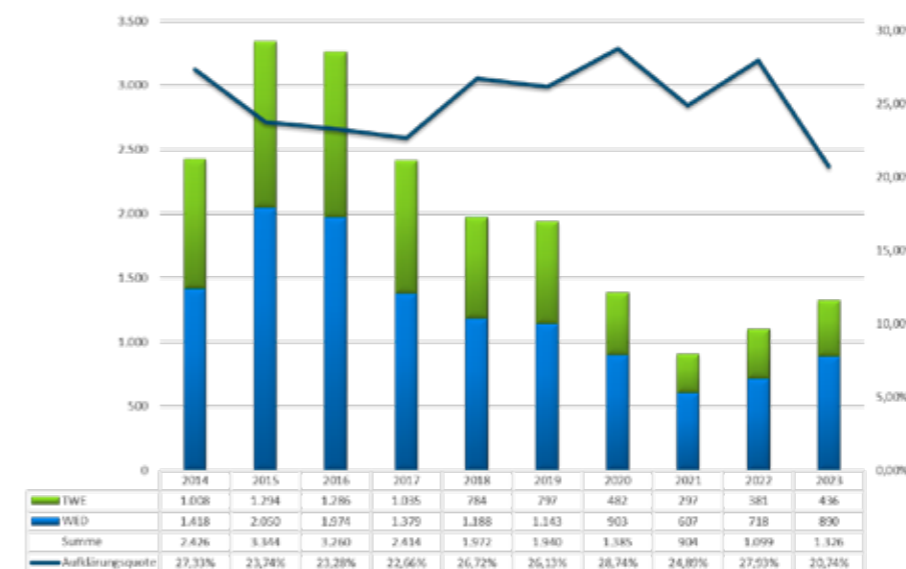
Im Vergleich zu 2022 gab es bei Betrachtung aller Callcenter-Betrugsdelikten einen Rückgang von 201 (2022) auf 149 Taten. 74 Taten blieben im Versuch, während 75 Taten

vollendet wurden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem in diesem Deliktsfeld eine gewissen „Tatort-Problematik“ besteht, da die Tatorte häufig nicht in Deutschland sind und somit nicht wirksam für die polizeiliche Kriminalstatistik sind.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Der Anstieg der gesamten Fallzahlen kann u.a auf eine erhöhte Mobilität, wirtschaftliche und soziale Belastungen sowie mit Migrationsbewegungen einhergehende Faktoren zurückgeführt werden. Die Polizeidirektion Lüneburg konnte dennoch in mehr als 64 von 100 Fällen Tatverdächtige ermitteln. Das ist nach wie vor eine hervorragende Quote. Auch der Langzeitvergleich macht deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Polizei verlassen können. Wir leben in einer sicheren Region. Dass wir unsere Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahr nochmal steigern können, macht mich ganz besonders stolz. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitenden für ihr außerordentliches Engagement bedanken. Wir wissen aber auch um unsere Pflicht. Wir dürfen vor allem im Bereich der Präventionsarbeit zur Verhinderung weiterer Straftaten oder in der akribischen Tatortarbeit zur Ermittlung der Täterschaften vor allem im Bereich der gestiegenen Wohnungseinbruchdiebstähle nicht nachlassen. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Nordosten Niedersachsens einsetzen!“

LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

PKS 2023 – kurz & knapp

- Gesamtzahl der Straftaten ansteigend
- Aufklärungsquote weiter verbessert
- Gestiegene Fallzahlen bei den Diebstahlsdelikten
- Haus- und Wohnungseinbruch auf niedrigem Niveau

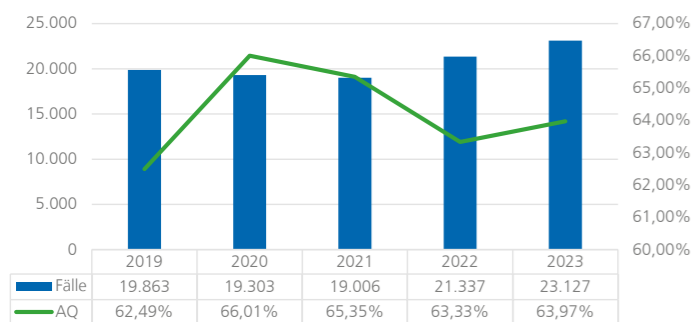
Anstieg der Fallzahlen/Straftaten – Fallzahlen auf „Zehnjahreshoch“ – gute Aufklärungsquote von 63,97%

Mit der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 blickt die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-D./Uelzen auf ein arbeitsintensives Jahr zurück.

Im Jahr 2023 sind in den drei Landkreisen der Polizeiinspektion insgesamt 23.127 Straftaten bearbeitet worden. Dieses ist nicht nur ein deutlicher Anstieg um 8,39% zum Jahr 2022 (21.337), sondern ist gleichzeitig auch der höchste Wert der letzten zehn Jahre. Dies bedeutet im zweiten Jahr hintereinander eine deutliche Trendwende nach mehreren (nicht nur Corona-bedingten-) Jahren von sinkenden Fallzahlen.

Mit der Entwicklung von gestiegenen Fallzahlen liegt die Polizeiinspektion im Trend des Landes Niedersachsen.

Trotz gestiegener Fallzahlen konnte die **Aufklärungsquote** in 2023 gesteigert werden und liegt weiterhin bei mehr als 60%. Mit 63,97% befindet sich die Aufklärungsquote auf hohem Niveau (vgl. 2016: 60,35%). Herausragend sind dabei insbesondere auch die Aufklärungsquoten in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg (72,67%) und Uelzen (70,05%).



Entwicklung Fallzahlen und Aufklärungsquote in der PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

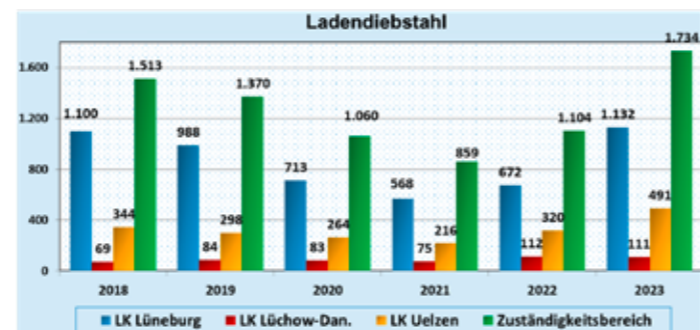
Ein Parameter für die Bewertung der Kriminalitätsbelastung ist die **Häufigkeitszahl** - die Anzahl der registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner. Je größer die Häufigkeitszahl ist, desto mehr Kriminalität wird in einem Bereich registriert. 2023 lag diese für den Bereich der Polizeiinspektion mit 6.985 knapp über dem landesweiten Wert (6.796).

Der durch Straftaten entstandene Schaden („erlangtes Gut“) liegt mit 14.392.691 Euro knapp über dem Wert des Vorjahres (14.052.309 €).

Diebstahlsdelikte: deutlich gestiegene Fallzahlen (+20,9%) – unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Bereichen – drastischer Anstieg bei Ladendiebstählen um mehr als 57% sowie Anstieg bei Diebstahl aus Kfz (u.a. Transporteraufbrüche) – sinkende Zahlen bzw. Stagnation bei Taschen- und Fahrraddiebstählen

Einen deutlichen Anstieg der Fallzahlen registrierte die Polizei im Bereich der Eigentumsdelikte - dem einfachen und schweren Diebstahl. Mit einem Wert von 8.126 Taten und einer Steigerung von 20,9% (+1.405 Taten) im Vergleich zu 2022 befinden sich hier die Zahlen auf dem Niveau der Jahre 2014 bis 2016.

Ursächlich für diese Entwicklung ist gerade der Deliktsbereich des „Ladendiebstahls“. Hier stiegen die Fallzahlen um mehr als 57% (+630 Taten) auf 1.734 Fälle. Neben einer Vielzahl von Einzeltäter-Serien und professionelle Tätergruppen ist hier auch ein gesteigertes Anzeigeverhalten bei den Geschäften ausschlaggebend.



In einem klassischen Deliktsbereich der „Beschaffungskriminalität“: den **Diebstählen an/aus Pkw („Pkw-Aufbruch“)** konnte die Polizei in den letzten Jahren deutliche Rückgänge verzeichnen. So halbierte sich die Zahl der Taten im Zeitraum von 2017 bis 2021 (2017: 949 – 2021: 451), um dann in 2022 auch durch verschiedene Einzeltaten sowie eine größere Taterie, auf insgesamt 584 Pkw-Aufbrüche zu steigen.

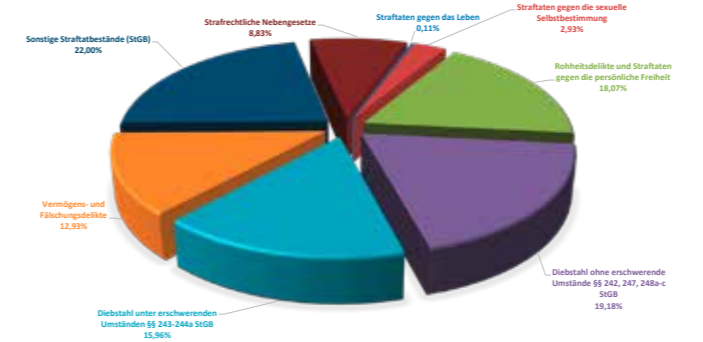
Neben der Beschaffungskriminalität und Taten durch Aufbruchsserien von überregional agierender Fahrzeugteilediebe kam es in 2023 insbesondere auch zu verschiedenen Serien professioneller Transporter-Aufbrecher, die es auf das Inventar (hochwertige Werkzeuge und Maschinen) von Firmenfahrzeugen mit Schwerpunkt Landkreis Lüneburg abgesehen hatten. Dadurch stiegen die Fallzahlen um 33,56% auf 780 Taten.

Eine leichten Anstieg gab es auch im Bereich des Kfz-Diebstahls um 9 Taten auf insgesamt 65 Fälle. Hierbei handelte es sich vornehmlich um Pkw-Komplett-Entwendungen professioneller Fahrzeugdiebe.

Die Fallzahlen beim **Taschendiebstahl** konnte die Polizei auch nach einem überregionalen Ermittlungserfolg im Jahr 2023 senken. Nach einem Anstieg in 2022 auch aufgrund mehrerer Taterien gerade in bzw. im Umfeld von Einkaufsmärkten konnten Uelzener Ermittler Anfang 2023 einem Serientäter „das Handwerk legen“. Die Fallzahlen gingen in 2023 auf 259 Taten (-6,83%) zurück.

Im Fokus von Einzeltätern und von überörtlichen kriminellen Hehlerbanden sind weiterhin Fahrräder, hochwertige Pedelecs wie auch E-Scooter als Diebesgut. Seit Jahren und im Zuge des veränderten Mobilitätsverhaltens werden Fahrräder vielfach alternativ zu anderen Verkehrsmitteln genutzt. Der steigende Anteil hochwertiger Räder (wie E-Bikes und Pedelecs) macht sich dabei ebenso bemerkbar wie die Preissteigerungen bei Fahrradkomponenten.

Abgedämpft durch die zwei Pandemiejahre verzeichnet die Polizei seit Jahren einen deutlichen Anstieg bei den Diebstahlszahlen in allen drei Landkreisen.



Verteilung der Straftaten in der PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen nach Deliktsarten

Nach dem deutlichen Anstieg im Jahr 2022 konnte dieses Aufwärtstrend bei den **Diebstählen von Fahrrädern** in 2023 gestoppt werden. Die Zahlen gingen hier leicht um 1,34% (-23 Taten) auf 1.698 zurück. Auch bei der Aufklärungsquote gab es eine positive Entwicklung. Diese stieg auf 13,55% (2022: 11,80%).

Die Polizei verstärkt weiter mit zielgerichteten Ermittlungen und weiteren Maßnahmen ihre Arbeit. Entscheidend ist jedoch auch eine erfolgreiche Prävention insbesondere durch eigene Maßnahmen zur Fahrradsicherung.

Auch aufgrund der Tatsache, dass nur vereinzelt polizeilich codierte Fahrräder entwendet werden, wirbt die Polizei weiterhin für die auch in 2024 geplanten kostenlosen Fahrradcodierungen.

Haus- und Wohnungseinbruch (HWE) auf niedrigem Niveau - relativer Zuwachs, jedoch jede zweite Tat scheitert (49,01% Versuchstaten) - gute Aufklärungsquote von 26,16%

Neben den Schwerpunkt- und Präventionsmaßnahmen der letzten Jahre haben unterstützend auch Corona-Lockdown und Homeoffice in den Jahren 2020, 2021 und 2022 zu einem historischen Tiefstwert („30-Jahre-Tiefstwert“) bei den **Haus- und Wohnungseinbrüchen** in der Region beigetragen. Im Jahr 2023 konnte dieses Trend nicht fortgesetzt werden, sodass die Einbruchzahlen bei „relativen Zuwachs“ um 27,97% auf 302 Taten stiegen. Die Zahlen befinden sich dabei weiter auf niedrigem Niveau - zum Vergleich: im Jahr 2015 gab es 603 Einbrüche in der Region; im Jahr 1993 waren es sogar 1265.

Neben der polizeiinspektionsübergreifenden Fahndungs- und Ermittlungsarbeit setzt die Polizei vor allem auch auf die Hilfe und die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger, die in der Vergangenheit mit Hinweisen auf verdächtige Personen oder Fahrzeuge die Arbeit der Polizei unterstützten.

Parallel wirbt die Polizei auch für die verstärkte Sicherung von Häusern und Wohnungen und führt entsprechende individuelle Beratungen durch. Im vergangenen Jahr blieb von den 302 Taten fast jede Zweite „im Versuch stecken“ (49,01% = 148 Versuche), welches insbesondere auch auf die verstärkte Sicherung von Wohnobjekten und die hohe Sensibilität im Anzeigeverhalten der Bevölkerung zurückzuführen ist.

Die Aufklärungsquote liegt auch im Hinblick auf die vielen Versuchstaten bei einem guten Wert von 26,16% und befindet sich deutlich über dem Landesniveau.

Stagnation bei Körperverletzungen, jedoch deutlicher Anstieg im Deliktbereich Raub/räuberischer Diebstahl u.a. aufgrund räuberischer Ladendiebstähle - Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte - Augenmerk auf die Fallzahlen bei „Häuslicher Gewalt“ - Anstieg auf 1.155 Fälle

Zu einem moderaten Anstieg kam es im Jahr 2023 bei den **Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (+4,76%)**.

Parallel stagnierte die Zahl der Körperverletzungsdelikte, wobei gefährliche Körperverletzungen im öffentlichen Raum (-20,55% / -52 Taten) deutlich zurückgingen.

Deutlich um 52,42% stiegen die Fallzahlen im Deliktsfeld „Raub/räuberischer Diebstahl“, welches auch auf die hohe Zahl der räuberischen Ladendiebstähle zurückzuführen ist. Einhergehend mit dem „Gesetzespaket gegen Hass und Hetze“ und der Änderung des Tatbestands der Bedrohung, § 241 StGB, im April 2021 stieg die Fallzahl der tatbestandsmäßigen Bedrohungsdelikte erneut um 9,44% auf 1.032 Taten und hat sich seit dieser Gesetzesnovellierung in drei Jahren weit mehr als verdoppelt (2020: 445 Taten).

Opfer von Gewalt wurden zuletzt auch immer wieder diejenigen, die im Auftrag der Gesellschaft anderen helfen sollen: Mit Besorgnis betrachtet die Polizei auch weiterhin die Vorfälle von **Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte**. Hier stagnieren die Vorfälle in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen auf hohem Niveau. Mit 210 Taten (2022: 214 Taten) liegen die Zahlen weit über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Bei den Fällen handelt es sich größtenteils um Einzeltaten; 520 PVBlInnen wurden Opfer von Gewalt, zumeist im Zusammenhang mit den täglichen Einsatzlagen (Tätlicher Angriff, Widerstand und Bedrohung); 97 BeamtlInnen wurden dabei leicht verletzt.

Die erfassten und bekanntgewordenen Zahlen bei der **Gewalt gegen Rettungskräfte (Rettungsdienst und Feuerwehr)** sind im Jahr 2023 erfreulicherweise zurückgegangen. Hier haben sich die Ereignisse mit 7 Vorfällen in 2023 (2022: 15) bei 11 Opfern halbiert, befinden sich jedoch noch im Trend der letzten Jahre.

Häusliche Gewalt

Im Zeitraum des Jahres 2023 gab es im Inspektionsbereich insgesamt 1.155 Fälle gemäß der bundeseinheitlichen Definition „Häusliche Gewalt“, was einer Steigerung von 3,2% entspricht. In den Vorjahren waren es noch 1.119 (2022) bzw. 879 (2021) Taten.

Trotz intensiver Aufklärung und Hilfsangeboten ist ein hohes Dunkelfeld hier weiterhin wahrscheinlich.

Anstieg bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auch durch das Anzeigeverhalten bei der Verbreitung von pornografischen Schriften (Bilder über Messenger-Dienste)

Einen deutlichen Anstieg bei den **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** auf 678 Taten gab es im Jahr 2023, womit sich hier der Negativtrend der letzten Jahre fortsetzte. Die Aufklärungsquote in dem Deliktsfeld ist weiterhin hoch und liegt hier bei 91,15%.

Den größten Teil bei der Steigerung der Fallzahlen macht hier das Deliktsfeld „Ausnutzen sex. Neigungen“ (u.a. **Kinderpornografie und die Verbreitung von pornografischen Schriften**) mit 368 Taten (+42,08% / +109 Taten) aus, was u.a. auf das Anzeigeverhalten und die technischen Möglichkeiten u.a. bei dem Verbreiten von pornografischen Bildern über Messenger-Dienste auch bei Kindern und Jugendlichen untereinander zurückzuführen ist. Die Zahlen bei den „klassischen“ Sexualdelikten wie Vergewaltigung, sexueller Missbrauch oder Belästigung blieben fast identisch bzw. sanken leicht.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) – gemeinsam gegen „Schockanrufe, Enkeltrick, Falsche Polizeibeamte, WhatsApp-Betrug & Co“ - steigende Fallzahlen sowie umfangreiche Ermittlungs- und Präventionsmaßnahmen

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) bzw. „Call-Center-Betrug“ werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik nur zum Teil vollständig abgebildet. Hierunter fallen u.a. Fälle von sog. Schockanrufen, Enkeltrick, Falsche Polizeibeamte und seit kurzem auch WhatsApp- und SMS-Betrug. Kriminelle u.a. Anrufer agieren oft aus dem Ausland und versuchen ältere Menschen durch Droh- und Schockanrufe oder durch das Erschleichen von Vertrauen zu einer Übergabe/Transaktion von Geld und Wertsachen zu bewegen. Erst wenn Mittäter in Deutschland aktiv werden, wird dies in der PKS erfasst. Parallel besteht gerade hier ein großes Dunkelfeld, da missglückte Versuchstaten nicht bei der Polizei gemeldet und erfasst werden bzw. sich Geschädigte auch aus Scham nicht bei der Polizei melden.

Auch trotz der vielfältigen Präventionskampagnen „Nicht mit mir“ bis zur Kampagne „Die Polizei geht zum Friseur - gemeinsam gegen „Schockanrufe, Enkeltrick, Falsche Polizeibeamte, WhatsApp-Betrug & Co““ registrierte die Polizei in den letzten Jahren deutlich steigende Fallzahlen. Bei gut 649 angezeigten Fällen im Jahr 2023 lag der Gesamtschaden bei mehr als einhunderttausend Euro, wobei die professionellen Täter nur in einzelnen Ausnahmefällen erfolgreich waren; dort jedoch höhere Bargeldsummen bzw. Wertgegenstände ergaunern konnten.

Jugendkriminalität

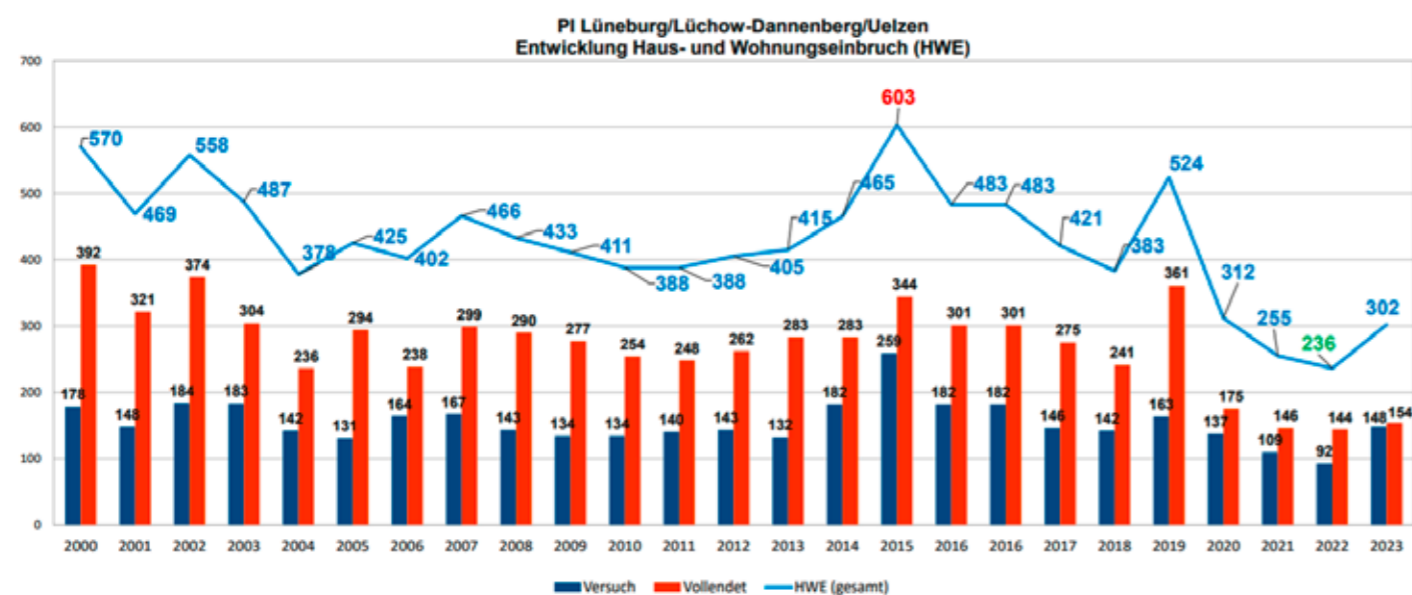
Die Anzahl der aufgeklärten Fälle, zu denen junge Menschen (Alter unter 21 Jahre) als Tatverdächtige oder Beschuldigte ermittelt wurden, weist im Berichtsjahr 2023 erneut eine Steigerung auf. Während die Zahl der ermittelten Heranwachsenden (18 bis 21 Jahre) um 4,55% auf 735 sank, überstiegen die Zahlen der jugendlichen Tatverdächtigen (14 bis 18 Jahre) - 1.004 TV - und der tatverdächtigen Kinder (0 bis 13 Jahre) - 405 TV - das Niveau des Vorjahres um mehr als 10%.

Insbesondere bei den Jugendlichen spielen wahrscheinlich auch sogenannte „Corona-Nachholeffekte“ eine Rolle. Für diese Altersgruppe relativ typische Normüberschreitungen waren während der Pandemie nur begrenzt möglich und werden nun möglicherweise verstärkt ausgelebt.

Jugendliche Tatverdächtige haben insbesondere bei den Diebstahlsdelikten (Ladendiebstahl, einfacher Diebstahl aus Warenhäusern, Diebstahl aus Kellerräumen) und den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Verbreitung KiPo und Verletzung des Intimbereiches durch Bildaufnahmen) einen erhöhten Anteil. In diesen Bereichen liegt der Anteil minderjähriger Tatverdächtiger über 30%.

Schwerpunkte 2024

- Fortsetzung der Bekämpfung der Straßens-kriminalität
- Fortsetzung der Bekämpfung der Drogen- und Clan-Strukturen
- Fortsetzung des Konzepts „ganzheitliche“ Verkehrskontrollen
- Intensivierung der Maßnahmen im Themenfeld „Fahrraddiebstahl“
- Intensivierung der Maßnahmen im Themenfeld „Kinderpornografie“
- Fortführung der erfolgreichen Präventionskampagnen (Verkehrs-, Kriminal- und Jugendprävention)



BEKÄMPFUNG DER KINDER- UND JUGENDPORNOGRAFIE

Im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie verzeichnete die Polizeidirektion Lüneburg im Jahr 2023 einen signifikanten Anstieg der Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von kinder- und jugendpornografischen Inhalten. Im Gesamtbereich der PD Lüneburg wurde ein Anstieg von etwa 40% auf 1.005 Fälle registriert (2022: 719 Fälle). Diese Entwicklung verdeutlicht die Dringlichkeit und die Notwendigkeit, dieses Kriminalitätsfeld verstärkt zu bekämpfen.

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie erfordert eine hohe Ermittlungsintensität und eine effiziente Zusammenarbeit der Polizeiinspektionen. Im Jahr 2023 konnte bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie eine Aufklärungsquote von über 94% erreicht werden. Dies unterstreicht den erfolgreichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit großem Engagement der Aufklärung dieser Straftaten widmen.

Die Polizeidirektion Lüneburg analysiert derzeit, unter enger Einbindung der zuständigen Staatsanwaltschaft und des LKA Niedersachsen, im Rahmen der Prozessoptimierung Workflows und entwickelt so langfristige Strategien, um der steigenden Zahl von Ermittlungsverfahren im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie entgegenzuwirken.

Diese Herausforderungen erfordern eine fortlaufende Anpassung und Modernisierung der Ermittlungsmethoden sowie eine ständige Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bekämpfung dieser schwerwiegenden Straftaten gegen Kinder.



PRÄVENTION IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Was bedeutet „Prävention bei der Polizeidirektion Lüneburg“?

In der Polizeidirektion Lüneburg, im Dezernat 11 – Kriminalitätsbekämpfung - wird die Präventionsarbeit für die Polizeiinspektionen koordiniert und mitgestaltet. Das Dezernat 11 stellt außerdem die Schnittstelle zum Landeskriminalamt Niedersachsen, dem dortigen Dezernat Forschung, Prävention und Jugend dar. Diese Aufgabe wird seit dem 01.12.2023 von Lydia Freienberg wahrgenommen.



Themen Gewalt, Zivilcourage und zukünftig auch mit digitaler Gewalt und dem Umgang damit konfrontiert. Die Strafbarkeiten spielen ebenfalls eine große Rolle.

Der Zusammenhalt und das Verständnis für die Bedürfnisse des Anderen werden gestärkt, was zur Verhinderung von Straftaten beitragen kann. Es ist geplant, das Programm auszuweiten und so mehr Kinder in teilnehmenden Schulen in allen Inspektionen zu erreichen.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist die Häusliche Gewalt – jede dritte Frau ist einmal in ihrem Leben von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt

Drei Fragen an Lydia Freienberg:

Welche präventiven Themen sind aktuell besonders wichtig?

„Ein beunruhigendes Thema sind aktuell die steigenden Fallzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität. Insbesondere bei den bis zu 14jährigen sind die Fallzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich gestiegen. Bei näherer Betrachtung der Delikte kann man erkennen, dass es sich bei den Straftaten der sexuellen Selbstbestimmung um Delikte wie das Verbreiten von Kinder- und Jugendpornografie, bzw. dem Versenden von Nacktbildern von Kindern untereinander handelt. Kinderpornografie, aber auch andere pornografische Inhalte werden häufig in Klassenchats geteilt. Oft werden solche Darstellungen von Kindern und Jugendlichen gedankenlos geteilt oder es fehlt die Sensibilität für die Folgen Anderer, wenn z.B. Nacktbilder weitergeschickt werden.“

Um auf diese Entwicklung präventiv reagieren zu können, arbeiten wir gerade an einer Aktualisierung des Präventionsprojektes „Wir sind stark!“ Ein tolles Projekt, dass in allen sechs Inspektionen der PD Lüneburg bereits seit vielen Jahren durchgeführt wird. In Zusammenarbeit mit Schule werden Schülerinnen und Schüler zwei Tage lang mit den

betroffenen. Häusliche Gewalt beinhaltet alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt. Häufig gehen der körperlichen Gewalt Drohungen, Demütigungen und Beschimpfungen vorher.

Betroffene von häuslicher Gewalt fühlen sich oft in einer ausweglosen Situation und können sich aus dieser alleine nicht befreien. Deshalb benötigen Betroffene von häuslicher Gewalt die Hilfe von außen! In den meisten Fällen nimmt das Umfeld von Betroffenen die Gewalt durchaus wahr, weiß aber nicht, wie es helfen kann. Diese Personen wollen wir stärken und ihnen Möglichkeiten zur Hilfe anbieten! Das kann das Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen oder eben die Polizei. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es durchaus auch häusliche Gewalt gegen Männer gibt. Es ist anzunehmen, dass das Dunkelfeld hier noch größer ist.“

Wo siehst Du Deine Aufgabe aus der Polizeidirektion heraus?

„Ich sehe mich als eine Art Service Point für die Präventionen und Präventoren in den Polizeiinspektionen und bin für Themen, Probleme und Ideen rund um die Prävention

immer ansprechbar. Ich möchte die Polizeiinspektionen bei ihrer präventiven Arbeit unterstützen und auch selbst Projekte entwickeln und vorantreiben.

Das gilt ebenso für Netzwerke in den Fachkommissariaten, die sich mit Jugendkriminalität und Gewaltdelikten zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Ich sehe mich auch als Schnittstelle zum LKA und möchte Informationen von dort transparent in die Inspektionen tragen.“

Was wünschst Du Dir zukünftig für den Bereich der Prävention in der PD Lüneburg?

„Ich bin der Meinung, dass wir mehr digitale Formate brauchen, um mehr Menschen mit verschiedenen Präventionsthemen zu erreichen.“

Grundsätzlich wünsche ich mir, dass die Präventionsarbeit noch mehr Wertschätzung erfährt. In den Inspektionen sind viele engagierte Kolleginnen und Kollegen in der Prävention

unterwegs. Damit meine ich die Präventionsteams, aber auch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Prävention, die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte und natürlich auch die Präventionspuppenbühne der PD.“



DAS PRÄVENTIONSTEAM DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

EXPERTEN FÜR SICHERHEIT & PRÄVENTION

Zur Intensivierung von Präventionsmaßnahmen wurden die Fachkompetenzen der Beauftragten für Jugendsachen, Kriminalprävention und VerkehrssicherheitsberaterInnen (VSB) im Sinne eines ganzheitlichen Präventionsansatzes auf PI-Ebene in „Präventionsteams“ gebündelt.

An den Standorten des Polizeikommissariat Lüchow und des Polizeikommissariates Uelzen wurden hauptamtliche „SachbearbeiterInnen Prävention“ eingesetzt. Damit ist eine starke Präventionserweiterung mit Bündelungs- und Steuerungsmöglichkeit gewährleistet.



Beauftragte für Kriminalprävention

Unsere Aufgaben:

- Verhaltensorientierte Prävention und sicherungstechnische Beratung
- Mitwirkung in kommunalen Präventionsgremien sowie Mitgliedschaft in gemeinnützigen Präventions-Fördervereinen
- Auswertung von Statistiken sowie Lagebildern und Umsetzung in Präventionsmaßnahmen
- Beteiligung an Ausstellungen und Messen
- Umsetzung des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention“ (ProPK) sowie spezieller Landesprogramme
- Maßnahmen zur Motivation und Identifikation der MitarbeiterInnen mit den Inhalten der Kriminalprävention
- Mitwirkung bei einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit zur Erreichung der Präventionsziele
- Prävention für SeniorInnen

Geschäfts- und Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention
Auf der Hude 2 - 21339 Lüneburg |
Postanschrift: Auf der Hude 1 - 21339 Lüneburg

Ihre Ansprechpersonen:

Beauftragte für Kriminalprävention

Kriminalhauptkommissar Michael Falk
Polizeihauptkommissarin Kathrin Richter

Telefon: 04131/8306-2309 und -2307

E-Mail: praevention@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Beauftragter für Jugendsachen (BfJ)

PHK Arne Schmidt
Tel.:04131/8306-2306



Aufgaben der Beauftragten für Jugendsachen:

- Steuern und Koordinieren von polizeilichen Präventionsprojekten im Jugendbereich in Kooperation mit der/dem Beauftragten für Kriminalprävention bzw. der VerkehrssicherheitsberaterInnen (Präventionsteam)
- Mitwirken, initiieren und koordinieren von polizeilichen Maßnahmen im Bereich der Jugendgefährdung in Abstimmung mit der LeiterInnen FK 6 bzw. KED und den nach dem KJHG zuständigen Stellen
- Auswerten zugeleiteter/angeforderter polizeilicher Vorgänge von Kindern und Jugendlichen; Analyse der Auswertungsberichte/Verfahrenserkenntnisse, Lagebilder pp., um Ansätze für präventive Maßnahmen zu gewinnen
- Mitwirken in Präventionsgremien und bei Projekten außerhalb polizeilicher Institutionen, kommunalen Präventionsräten, Jugendhilfeausschüssen, Elternräten und Opferhilfeeinrichtungen
- Herstellen und Halten von Kontakten zu Behörden, Schulen, Institutionen, Selbsthilfegruppen, Präventionsräten pp., insbesondere Koordination und Wahrnehmung der Aufgaben i.S. des gem. RdErl MK, MI und MJ „Zusammenarbeit von Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft“
- Vortragstätigkeiten (z.B. bei Lehrerkonferenzen oder Elternabenden) bzw. verhaltensorientierte Präventionsmaßnahmen (z.B. Präventionsunterrichte an Schulen) im Rahmen des Präventionsauftrages
- Mitwirken bei der Öffentlichkeitsarbeit in Jugendsachen

Verkehrssicherheitsberater (VSB)

PHK Martin Schwanitz
Tel.04131/8306-2302



In der Polizeiinspektion wird Verkehrssicherheitsarbeit „GROB“ geschrieben. Immer wieder gelingen öffentlichkeitswirksame Aktionen, um auf die Gefahren im Straßenverkehr hinzuweisen. Dabei gibt es bei vielen Projekten eine enge Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht Lüneburg.

Um Verkehrssicherheit bei Kindern geht es auch bei der jährlichen Radfahrausbildung; hier spielt auch der Verkehrssübungsplatz eine große Rolle. Schulen werden allgemein bei der Radfahrausbildung unterstützt.

Aber auch Eltern werden involviert: Viele lassen sich zu SchulweglotsInnen ausbilden und geben den Kindern vor Ort so mehr Sicherheit.



Andere Zielgruppen wie zum Beispiel SeniorInnen werden mit Vorträgen und Kursen wie „Fit mit dem Auto“ oder auch das Projekt „Fit mit dem Pedelec“ angesprochen.

Aufgaben des Verkehrssicherheitsberaters:

- Ansprechpartner für die KontaktbeamtInnen, Landdienststellen, PK Uelzen und PK Lüchow, FahrlehrerInnen, Vereine, Verbände, Institutionen
- Erstellung von Unterlagen für den Verkehrsunterricht
- Teilnahme an Elternarbeit/Elternabenden in Schulen
- Begleitung von Veranstaltungen
- Projekte aller Art („Saure Zitrone“, Verkehrserziehung, „Gelbe Füße“ pp.)



Öffentlichkeitsarbeit durch positive Darstellung der Polizei nach außen durch besondere Themen u.a. „Rübenzeit“, Reisebeginn, „Dunkle Jahreszeit“,

- Schulwegsicherung und Fahrradaktionen mit den KontaktbeamtInnen und den Polizeistationen
- Erstellen von Schulwegplänen
- Pflege von Netzwerken
- Beratung beginnt im Kindergarten und setzt sich fort über die Schulen, Betrieben, Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen bis hin zur Seniorenarbeit nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens
- Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit (Verkehrswacht, ADAC, ADFC pp.)
- Kontaktpflege zu Behörden, Institutionen, Verbänden pp.

Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention – Bereich Lüchow-Dannenberg



Polizeihauptkommissar
Kay Eggert

Polizeikommissariat Lüchow
Saaßer Chaussee
29439 Lüchow (Wendland)
Tel. 05841/122-224

Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention – Bereich Uelzen



Polizeioberkommissarin
Stella Giese

Polizeikommissariat Uelzen
An der Zuckerfabrik 6
29525 Uelzen
Tel. 0581/930-126

PRÄVENTIONSPROJEKT „DIE POLIZEI GEHT ZUM FRISEUR“

„Die Polizei geht zum Friseur“ - bundesweit erstmaliges Präventionsprojekt - Friseurinnungen und Polizei: „Gemeinsam gegen Schockanrufe, Enkeltrick, Falscher Polizeibeamter, WhatsApp-Betrug & Co“.

Laut repräsentativer Umfragen besuchen mehr als die Hälfte der Männer spätestens nach acht Wochen wieder ihre Friseurin oder ihren Friseur. Frauen nehmen im Schnitt ungefähr alle zwölf Wochen einen Termin bei der Friseurin oder dem Friseur ihres Vertrauens wahr.

„Damit hätten wir vier- bis sechsmal im Jahr die Möglichkeit unsere gut 320.000 BürgerInnen in den drei Landkreisen oder deren Angehörige über den Besuch im Friseursalon direkt vor Ort auch mit Präventionsinfos zu erreichen. Das wäre klasse!“, so die Leiterin der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-D./Uelzen, Stefanie Lerche.

Gemeinsam mit den Innungen „Lüneburg“ und „Lüneburger Heide“ und ihren mehr als 60 angeschlossenen Friseursalons geht die Polizei-Prävention seit dem Jahr 2023 neue Wege, erreicht und sensibilisiert während des Haarschneidens, Frisierens oder bei der Dauerwelle nicht nur ältere Menschen, die über die klassischen Medien oder auch Socialmedia- und Messenger-Angebote nicht erreicht werden können. Neben dem klassischen Gespräch über die gängigen Betrugsmaschen, auch durch die Friseurinnen und Friseure, setzen die Verantwortlichen auf Plakate, Flyer und spezielle Terminzettel mit Präventionshinweisen, die bis zum nächsten Friseurbesuch in den Haushalten der Menschen landen. Der Clou dabei ist, dass diese Terminzettel erfahrungsgemäß zu Hause an exponierten Plätzen wie der Pinnwand, am Telefon oder in der Küche gut sichtbar aufbewahrt werden, dort mehrere Wochen (bis zum nächsten Termin) verbleiben und für „den Fall der Fälle“ gut sichtbar sind.

„Prägnante Verhaltensempfehlungen und Warnhinweise! – Mitmachen und darüber sprechen!“

Die Verhaltenshinweise hat die Polizei für die Kampagne bewusst komprimiert und auf den Punkt gebracht:

- Misstrauisch sein
- Kontaktaufnahme hinterfragen
- kein Geld überweisen
- keine Wertsachen übergeben
- Polizei verständigen

Für weitergehende und allumfassende Information wird parallel auf die Internetseite der Polizeilichen Kriminalprävention von Bund und Ländern www.polizei-beratung.de auch mit einem QR-Code verwiesen.

Nicht nur für die ältere Generation gibt es in Zusammenarbeit mit LünePlatt auch Hinweise auf Plattdeutsch.

Mit der Aufforderung „Weiterleiten, teilen und darüber sprechen!“ appellieren die Verantwortlichen zum Mitmachen und darüber sprechen, um zu weiteren Zielgruppen vorzudringen und damit die Präventionskampagne zum Seniorbetrug verstärken.

Gerade für den familiären Bereich gilt: „Es ist Ihr Erbe, welches an die falschen Hände gerät!“

Hintergrund:

Für ihre Kreativität und immer wieder neuen Ideen und Wegen in der Präventionsarbeit ist die Polizei in Nord-Ost-Niedersachsen überregional bekannt.

Betrugsmaschen wie „Schockanrufe, Enkeltrick, Falscher Polizeibeamter, WhatsApp-Betrug & Co“ sind bundesweit und auch in der Region allgegenwärtig. Fast täglich versuchen professionelle Tätergruppe insbesondere ältere Menschen „über’s Ohr zu hauen“. Allein in den letzten zwölf Monaten registrierte die Polizei in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-D. und Uelzen mehr als 1.000 Fälle mit einem Schaden von mehreren hunderttausend Euro.



In der Präventionsarbeit informiert die Polizei seit Jahren über verschiedenste Kommunikationsebenen und –plattformen adressatengerecht die BürgerInnen. Dabei werden verschiedene Netzwerkpartner gewählt und neben den klassischen Methoden auch immer wieder neue und innovative Plattformen genutzt. Dabei waren nicht nur die Plakat- und Flyer-Kampagnen, sondern auch die designten Kampagnen-Busse oder die persönlichen Seniorenbriefe/ -pakete für alle mehr als 20.000 LüneburgerInnen über 70 Jahre, bereits ein voller Erfolg.

Bereits im Herbst 2022 startete die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-D./Uelzen die Plakataktion „Nicht mit mir!“, die mit ihren vier Präventionsmotiven Basis für verschiedene weitere Aktionen war.

Neben weiteren Plakaten und bebilderten Warnhinweisen, die in verschiedensten öffentlichen Einrichtungen oder auf Displays im ÖPNV zu sehen sind, startete die Polizei im Dezember eine erfolgreiche Aktion mit kurzen bebilderten Warnhinweisen und Infos für Messenger-Dienste und –Gruppen, um nicht nur Seniorinnen und Senioren über Messenger-Dienste zu erreichen.

Egal ob es die Gruppe des Kegelclubs, der Fußballmannschaft, der Schulklasse des Kindes oder auch der Familie war: die bebilderten Warnhinweise zu den Themen „WhatsApp-Betrug, Enkeltrick, Schockanrufe und Falsche Polizeibeamte“ liefen „rauf&runter“.

Bundesweit erstmalig weitet die Polizei die Präventionskampagne seit dem Frühjahr 2023 auch auf die Friseure der Region aus und arbeitet hier Hand in Hand mit den Friseur-Innungen Lüneburg und Lüneburger Heide mit ihren mehr als 60 organisierten Friseursalons und –läden in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen.

Verschiedenste Polizeidienststellen sowie Friseurinnungen aus dem gesamten Bundesgebiet haben seitdem die Kampagne ebenfalls aufgegriffen und konnten von den bereits erstellten Plakaten und Grafiken partizipieren.



Innungsmeisterinnen Christiane Trilck (Lüneburg) und Claudia Schmidt (Lüneburger Heide) zusammen mit der Leiterin der Polizeiinspektion Stefanie Lerche, den (damaligen) Leitern der Polizeikommissariate Lüchow, Ulrich Constabel, und Uelzen, Oliver Suckow, sowie den Präventionsbeauftragten, Kathrin Richter, Kay Eggert und Stella Giese.

KONTAKTBEAMTINNEN UND -BEAMTE IN DER HANSESTADT LÜNEBURG SOWIE IN LÜCHOW-DANNENBERG UND UELZEN

Die Kontaktbeamtin und der Kontaktbeamte (KoB)

- sind für die Kontaktaufnahme und -pflege mit der Bevölkerung im Rahmen der bürgernahen Präsenz zuständig – „Polizist/-in zum Anfassen“
- haben im Rahmen von „Radstreifen/Streifenmärgen“ eine allgemeine polizeiliche Auskunftsfunktion und Beratungsfunktion
- wirken bei der Verkehrserziehung und der allgemeinen Präventionsarbeit mit
- sind Ansprechpersonen für Schulen und Kindergärten oder sonstige Behörden, Organisationen und Vereine

Die Kontaktbeamten sind als Ansprechpartner vor Ort wie folgt erreichbar:

Uelzen

Polizeikommissariat Uelzen
 Polizeioberkommissar Frank Dreyer
 An der Zuckerfabrik 6
 29525 Uelzen
 Telefon: 0581/930-127 oder -128
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Lüchow-Dannenberg

Polizeikommissariat Lüchow
 Saaßer Chaussee
 29439 Lüchow
 Telefon: 05841/122-394
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Dannenberg

Polizeioberkommissar Christian Nelius
 Am Markt 6
 29541 Dannenberg
 Telefon: 05861/98576-0
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Ansprechpersonen und Erreichbarkeiten der Kontaktbeamtin und der Kontaktbeamten in Lüneburg

Auf der Hude 1
 21339 Lüneburg
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Kerstin Sievers
 Innenstadt, Altstadt
 Telefon 04131/8306-2452



Tanja Roth
 Kreideberg, Ochtmissen,
 Volgershall
 Telefon 04131/8306-2453



Andreas Kreimeik
 Zeltberg, Goseburg, Lüne/
 Moorfeld, Ebensberg,
 Neu-Hagen, Hanseviertel
 Telefon 04131/8306-2451

Wird aktuell nachbesetzt
 Oedeme, Südstadt,
 Häcklingen, Rettmer
 Telefon 04131/8306-2454



Tülay Saykal
 Kaltenmoor, Hafengebiet,
 Hagen
 Telefon 04131/8306-2463



SACHGEBIET COLD CASE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Aufklärungsquote der Polizei bei Tötungsdelikten und Morden ist so hoch wie in keinem anderen Bereich der Kriminalität. Im Jahr 2023 betrug die Aufklärungsquote der Polizeidirektion Lüneburg 90%.

Dennoch gibt es im Laufe der Zeit auch immer wieder einzelne Fälle, welche auch nach akribischen und umfangreichen Ermittlungen nicht gelöst werden können. Sind die Ermittlungsansätze vorerst ausgeschöpft, werden die Ermittlungen vorläufig eingestellt.

Doch auch nach vielen Jahren werden solche Fälle hinsichtlich neuer Erkenntnisse oder aufgrund von Fortschritten in der Forensik neu betrachtet. Denn auch wenn die Fälle oft Jahrzehnte zurückliegen, Mord verjährt nicht und Opferhinterbliebene leiden all die Jahre unter der ungeklärten Tat.

Die fachspezifische Fortbildung der niedersächsischen Polizei zur strukturierten Bearbeitung von Cold Cases ist daher von herausragender Bedeutung. In einer Zeit, in der die Aufklärung ungeklärter Tötungsdelikte und Vermisstenfälle nicht nur eine moralische, Verpflichtung, bzw. einen gesetzlichen Auftrag darstellt, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zum Sicherheitsempfinden unserer Gesellschaft leistet, ist auch der gezielten Wissensvermittlung zur besonderen Ermittlungsarbeit in Cold Cases von hohem Gewicht.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg wurde im Jahr 2019 ursprünglich als Modellversuch eingerichtet. Ziel der Organisationseinheit ist die einheitliche Erfassung und strukturierte Bearbeitung der Cold Cases im Zuständigkeitsbereich.

Zwei bekannte Ermittlungsgruppen, die „EG Iterum“, welche sich mit dem Verschwinden von Birgit Meier aus dem Jahr

1989 beschäftigte sowie die „EG Göhrde“, die die zwei Doppelmorde an einem Ehepaar und einem Liebespaar, ebenfalls im Jahr 1989, untersuchte, gingen in dem heutigen Sachgebiet Cold Case auf.

Das Team besteht aus insgesamt sechs Ermittlerinnen und Ermittlern mit unterschiedlicher Expertise und Ermittlungsschwerpunkten.

Neben der grundsätzlich anspruchsvollen Ermittlungstätigkeit im Bereich der Tötungsdelikte und Vermisstenfälle besteht die Aufgabe des Sachgebiets der Polizeidirektion Lüneburg auch in der Teilnahme, eigener Entwicklung und Durchführung von Fortbildungskonzepten zur strukturierten Fallbearbeitung, der Pflege eines bundesweiten Netzwerks staatlicher Ermittlungsbehörden, Zusammenarbeit mit externen Institutionen und Fachlichkeiten (bspw. Archive, Rechtsmedizin, Archäologie), der Erarbeitung und Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten sowie der Befassung mit künstlicher Intelligenz als Mehrwert für polizeiliche Ermittlungen.

Aufgrund eines hohen medialen Interesses an Cold Cases arbeitet das Sachgebiet auch proaktiv mit Medienvertretenden und Produktionsfirmen zusammen.

Durch Presseaufrufe und die Darstellung der Ermittlungstätigkeiten und der einzelnen Fälle ist es bereits vielfach gelungen, Hinweise aus der Bevölkerung zu erhalten und so neue Ermittlungsansätze zu generieren.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg ist auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus eine renommierte und etablierte Cold-Case-Unit mit profundem Erfahrungsschatz und hat sich nach erfolgreicher Pilotierung fest in der Organisation etabliert.



BUNDESWEITE FACHTAGUNG COLD CASE

„Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“

Unter Federführung des Sachgebiets Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg fand am 19. und 20. September 2023 eine bundesweite Fachtagung rund um ungelöste Tötungen und Vermisstenfälle aus dem gesamten Bundesgebiet in den Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Lüneburg-Mitte statt.

Insgesamt 90 Teilnehmende mit fachlicher Expertise aus Polizeibehörden von zwölf Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt), Landeskriminalämtern, dem Bundeskriminalamt sowie externe Referenten aus den Bereichen Archäologie und Archivführung fanden sich zu dieser Art des Netzwerktreffens zusammen.

Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Tagung und drückte hierbei vor allem seine Wertschätzung der Mitarbeitenden in den jeweiligen Einheiten der Cold Case-Ermittlung aus:

„Die Aufklärungsquote bei Straftaten gegen das Leben ist bundesweit höher als in allen anderen Deliktbereichen. Doch nicht jede Tötung, nicht jeder Vermisstenfall kann aufgeklärt werden. Einige Fälle werden nach Jahren der Ermittlungsarbeit zu sogenannten Cold Cases. Wir als Polizei dürfen jedoch auch nach Jahrzehnten nichts unversucht lassen, Täterinnen und Täter zu ermitteln und Opferhinterbliebenen Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen zu geben.“

Ich bin stolz auf die Arbeit unseres Sachgebiets und darauf, dass unsere Direktion eine solch hochqualitative Fachtagung ausgerichtet. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Beteiligten.“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Vorträge über unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten in der Ermittlungsarbeit, besondere An- und Herausforderungen bei der Ermittlung in weit zurückliegenden Fällen, moderne Technologien der Kriminalistik und Kriminaltechnik sowie innovative und einzigartige Arbeitsschritte und Ermittlungsmethoden, welche in einzelnen Fällen zu Erfolgen in der Cold Case Bearbeitung geführt haben.

Abgerundet wurde die Konferenz mit einem Vortrag zur Nutzung von künstlicher Intelligenz im Bereich der Cold Case-Ermittlungen der Niederländischen Polizei aus Rotterdam.

Hauptorganisator und Leiter des Lüneburger Sachgebiets Cold Case, Thilo Speich, sagte abschließend:

„Neben der Vernetzung über die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten hinaus, ist es uns und den Teilnehmenden im Rahmen des zweitägigen Austauschs im Sinne von „best practice“ gelungen, viele Eindrücke und Denkanstöße für die eigene Ermittlungsarbeit zu generieren. Mit unserem Austausch möchten wir vor allem aber auch ein deutliches Zeichen senden: Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“



POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

Die Aufgabe des polizeilichen Staatsschutzes beinhaltet die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK).

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o.g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.

Je nach Tatmotivation lassen sich Politisch motivierte Straftaten unterschiedlichen Phänomenbereichen zuordnen: PMK -rechts, -links, -religiöse Ideologie und -ausländische Ideologie.

In den letzten Jahren traten überdies neue Erscheinungsformen der Politisch motivierten Kriminalität hinzu, die sich nicht trennscharf einer der oben genannten Ausprägungen zuordnen ließen. Hier spricht man von der Politisch motivierten Kriminalität – sonstige Zuordnung.

Umgang mit Verschwörungstheorien

Der polizeiliche Staatsschutz ist neben der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität auch für die Bekämpfung von Verschwörungstheorien zuständig.

Verschwörungstheorien sind im Zusammenhang mit den zu bewältigenden Krisen wie die Pandemie und der russische Angriffskrieg in der Ukraine vermehrt in den Fokus gerückt.

Gruselgeschichten von Zwangsimpfungen, implantierten Mikrochips, Chemtrails, Reptiloiden etc. können in der Bevölkerung für Verunsicherung sorgen.

Für Verschwörungstheoretiker gibt es keine Zufälle. Verschwörungstheorien bieten vermeintliche Lösungen zu komplexen Themen unserer Gesellschaft.

In Krisenzeiten sind Menschen, die sich in schwierigen Lebensphasen hilflos fühlen, empfänglich für Verschwörungstheorien. Oftmals wird diese Hilflosigkeit durch aktuelle Ereignisse in der Welt, auf die sie keinen Einfluss haben, hervorgerufen. Zu komplexen Fragestellungen finden Verschwörungstheoretiker oftmals einfache „Erklärungen“ und erkennen darin einen Sinn. Zudem erfahren sie mit Gleichgesinnten das positive Gefühl, Teil einer verschworenen Gruppe zu sein. Mit ihrem Selbstbild, sehen sie eine Rechtfertigung für ihre Aktivitäten, was nicht selten in strafbaren Handlungen mündet.

Jemand aus meinem Umfeld glaubt an Verschwörungstheorien – was kann man tun?

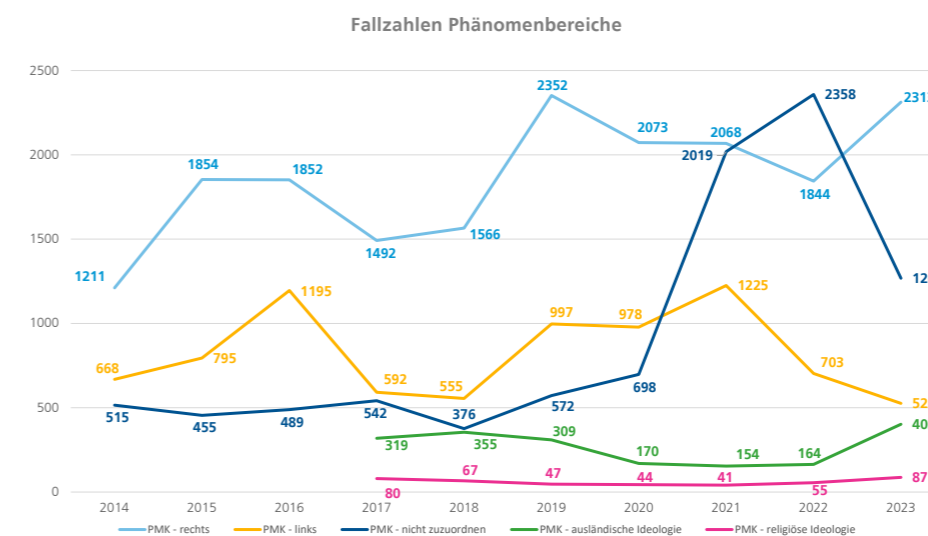
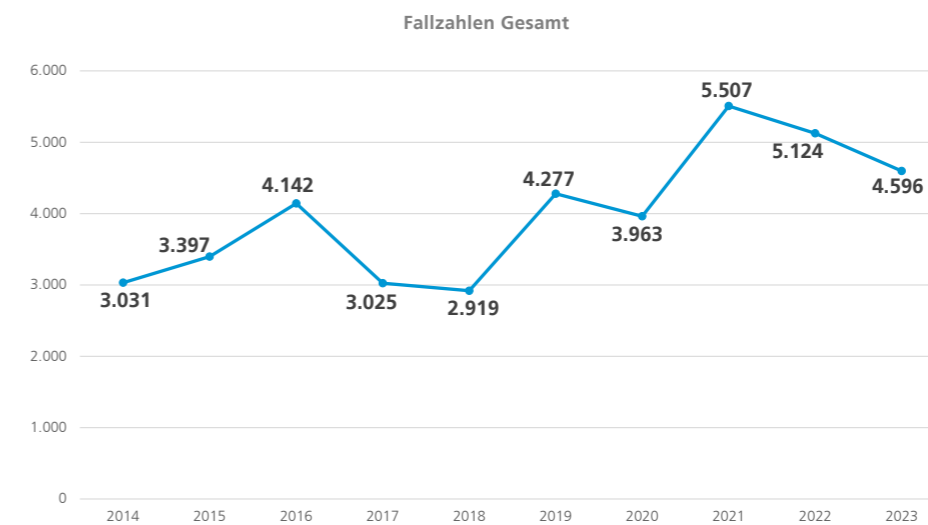
Bitte nehmen Sie die Aussagen bewusst wahr, ohne sie zu kommentieren. Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, sind mit rationalen Argumenten nur schwer zu überzeugen. Fakten werden ignoriert und Sie werden selbst als Teil der Verschwörung erklärt. Besser ist es Fragen zu stellen, die zum Nachdenken anregen:

Woher stammen die Informationen? Wer ist Verfasser? Hat die Internetseite ein Impressum? Berichten auch andere Medien, Zeitungen, Internetseiten davon?

Bitte teilen Sie die Inhalte von Verschwörungstheorien nicht, um dem Thema so nicht weitere Aufmerksamkeit zuzuführen.

Strafrechtlich relevante Verhaltensweisen, Gefährdungssachverhalte oder Ordnungswidrigkeiten sollten konsequent der Polizei oder sonstigen Behörden gemeldet werden.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT IN NIEDERSACHSEN



DIE ABTEILUNG LEINE DORA DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Einheiten der Bereitschaftspolizei und die Aufrufeinheiten der Polizeidirektionen sind Teile der konzeptionell strukturierten Landeseinsatzorganisation „Leine“ (kurz: LEO Leine). Sie bewältigen jährlich zahlreiche Einsatzlagen, die den Einsatz einer Vielzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten erforderlich machen. Dies sind unter anderem Großveranstaltungen (wie z.B. Fußballspiele oder Festivals), Versammlungslagen oder auch Staatsbesuche.

Neben den zwei Abteilungsführungsgruppen und sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften der Zentralen Polizeidirektion hat das Land Niedersachsen in allen Flächendirektionen zusätzliche Aufrufeinheiten aufgestellt.

Bei der Abteilung DORA handelt es sich um die Aufrufeinheit der Polizeidirektion Lüneburg, welche sich anteilig aus dem Personal der sechs Polizeiinspektionen zusammensetzt.

Sie besteht aus einer Abteilungsführungsgruppe, zwei Einsatzhundertschaften (unterteilt in Züge), einer Diensthund-

führerstaffel, einer Ermittlungskommission sowie einer Fahndungs- und Aufklärungskommission.

Die Einsatzkräfte werden, wenn es erforderlich ist, abhängig von Einsatzanlass und Bedarf, geschlossen oder als Teileinheiten eingesetzt. Dafür werden sie aus ihrem normalen Alltagsdienst herausgelöst. Für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Abteilung DORA bilden sie sich darüber hinaus regelmäßig fort.

Einsätze 2023

Im Jahr 2023 waren die Hundertschaften der Abteilung DORA bei beiden Niedersachsenderbys zwischen Eintracht Braunschweig und Hannover 96 eingesetzt. Außerdem unterstützten sie bei Einsätzen anlässlich versammlungsrechtlicher Aktionen in Göttingen im April und im August 2023 in Celle.

Weitere kleinere Einsatzlagen konnten durch Einsatzkräfte in Zugstärke (ca. 30 Beamte) bewältigt werden.



DIE DIENSTHUNDFÜHRER DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Die Diensthundführer (DHF) der Polizeidirektion Lüneburg sind dem Dezernat 12 angegliedert. Dort direkt angebunden sitzt die Staffelleitung und koordiniert den Einsatz und die Belange der DHF.

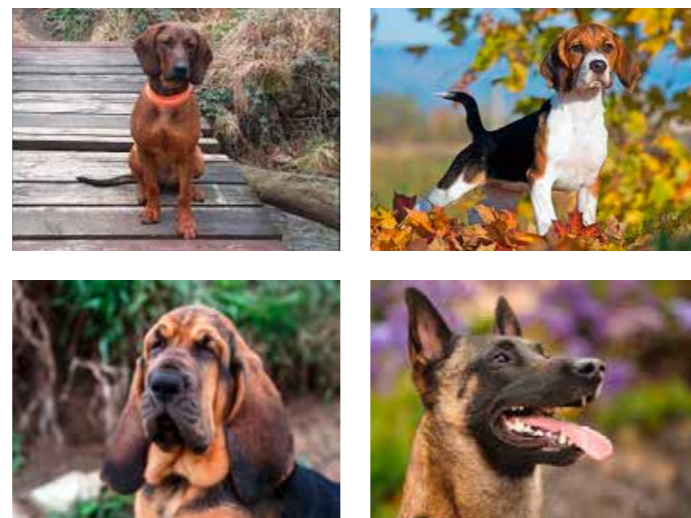
Die einzelnen Diensthundführergruppen (DHFG) sind im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg verteilt. Sie befinden sich in Celle, Lüneburg und Stade. Um flächendeckend den Einsatz und die Verfügbarkeit von DHF zu gewährleisten, sind die einzelnen Landkreise unter den DHFG aufgeteilt. So betreut die DHFG Celle die Landkreise Celle und Heidekreis, die DHFG Lüneburg die Landkreise Lüneburg und Harburg und die DHFG Stade die Landkreise Stade und Rotenburg.

Die DHF sind eine sog. Bedarfsdienststelle und versehen ihren Dienst im Staffelfverband im Schichtdienst (Früh-/Spät-/Nachtdienst). Jede Gruppe hat einmal in der Woche ihren festen Ausbildungstag und ist an diesem Tag von Diensten freigestellt, um den hohen Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit der Diensthunde zu gewährleisten. Anforderungen, insbesondere im Spezialhundbereich, werden in Anlehnung an die Aufteilung der Landkreise von den Diensthundführergruppen bedient.

Als Besonderheit vervollständigen und unterstützen uns die Personenspürhunde (PSH), die als Landesprojekt und damit einmalige Gruppe in Niedersachsen der PD Lüneburg, am Standort Celle, angegliedert wurden. Kernaufgaben der PSH sind die Suche nach Personen über deren Individualgeruch sowie die Wegstreckenrekonstruktion. Unsere PSH werden über die Staffelleitung oder die Kooperative Leitstelle Lüneburg (KLL) angefordert. Sie versehen grundsätzlich Tagesdienst von 8-16 Uhr und Rufbereitschaften am Wochenende.

Unsere DHF erhalten ihre Diensthunde (DH) als Welpen im Alter von gut 8 Wochen aufwärts. Die Ausbildung zum DH

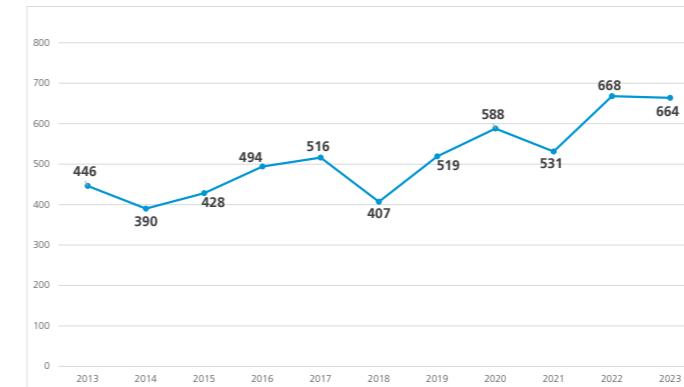
beginnt sofort und wird dem Alter entsprechend gestaltet. Unsere DH werden in den drei Bereichen Nasenarbeit, Gehorsam und Schutzdienst ausgebildet. Die Ausbildung zum DH dauert etwa 18 Monate und endet mit dem Ablegen der sog. Zulassungsprüfung (ZP). Ab diesem Zeitpunkt darf das Team (DHF/DH) polizeiliche Einsatzlagen bewältigen. Neben der stetigen Erhaltung der Einsatzfähigkeit ihrer DH, nehmen die DHF im Folgenden an der sog. Eignungsüberprüfung für Spezialhunde teil. Hier wird geprüft für welchen Bereich sich die Nase der DH am besten eignet (Rauschgift-, Bargeld-, Sprengstoff- Brandmittel-, Leichen-, Datenträger-spürhunde). Der Lehrgang zum Spürhund dauert zwischen 10 und 11 Wochen. Anschließend erhalten die DH neben ihrer Bezeichnung als „Schutzhund“ das Prädikat „Spezialhund“. Die gesamte Ausbildung vom Welpen bis zum Spezialhund dauert gut 2 Jahre. Nach 8-10 Jahren aktiver Dienstzeit für die Polizei, werden unsere treuen Partner pensioniert und bleiben in den allermeisten Fällen bei ihren DHF, um dort ihr Pensionärsdasein zu genießen.



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGS-BEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

In der Polizeidirektion Lüneburg werden nahezu täglich Gewaltstraftaten zum Nachteil von Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamten bei der Ausübung Ihres Dienstes verzeichnet.

GEWALTDELIKTE GEGEN PVB – PD LÜNEBURG



Die detaillierte Erfassung eines internen Lagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ bildet die Grundlage, um Schwerpunkte frühzeitig zu erkennen und ggf. frühzeitig schützende Maßnahmen treffen zu können. Auch die Betreuung der im Dienst angegriffenen Polizeibeamtinnen und -beamte stellt einen Schwerpunkt dar.

Gesamtanzahl von Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten bleiben in etwa auf Vorjahresniveau

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2023 zu 291 Widerständen gegen Vollstreckungsbeamtinnen und -beamte gekommen. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 stellt dies einen Rückgang von vier Fällen dar (-1,4%).

Die gesonderte Betrachtung der Körperverletzungsdelikte spiegelt eine leichte Steigerung dieser Delikte zum Nachteil von PVB wider. Im Vergleich zum Vorjahr (237 Taten) wurden im Jahr 2023 insgesamt 254 Körperverletzungsdelikte zum Nachteil von PVB erfasst. Das stellt eine Steigerung von etwa +7,2% dar. Als Körperverletzungsdelikt werden auch tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte gezählt. Dieses Delikt ist 2023 um 11,6% auf 251 Taten gestiegen.

Gewaltdelikte zum Nachteil von PVB ereigneten sich in den meisten Fällen bei Identitätsfeststellungen, Sachverhaltsklärungen, Fest- und Ingewahrsamnahmen oder Blutentnahmen.

Darüber hinaus wurden im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg sieben Nötigungen und 110 Bedrohungen zum Nachteil von PVB erfasst. Dies stellt für den Bereich der Nötigungen eine Reduzierung um 5 Fälle und im Bereich der Bedrohungen eine Abnahme von 11 Fällen (-9,1%) im Vergleich zum Vorjahr dar.

Betroffene Polizeibeamtinnen und -beamte

Im Laufe des Jahres 2023 wurden insgesamt 1.626 PVB der PD Lüneburg Opfer von Gewalt. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau.

Als leicht verletzt wurden 268 Polizeibeamtinnen und -beamte erfasst. Dies stellt eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 2022 von etwa +16,5% dar. Statistisch besonders gefährdet sind PVB, die ihren Dienst im Einsatz- und Streifen dienst versehen. Hier waren 1.339 Opfer von Gewalt geworden. Schwerverletzte Polizeibeamtinnen und -beamte waren im Jahr 2023, so wie im Vorjahr, nicht zu beklagen.

Täterinnen und Täter

In der PD Lüneburg ist es insgesamt zu 664 Gewaltdelikten gegen PVB gekommen. Es konnten zu den Taten insgesamt 688 Tatverdächtige ermittelt werden. Es handelte sich dabei um 576 männliche und 112 weibliche Tatverdächtige.

Bei mehr als der Hälfte der Tatverdächtigen von Gewaltdelikten wurde ein Einfluss berauschender Mittel festgestellt. Überwiegend waren diese alkoholisiert (46,7%). Bei 5,38% wurde eine Beeinflussung von Alkohol und Betäubungsmitteln in Kombination und bei 3,63% nur durch Betäubungsmittel erfasst. Bei den übrigen Tatverdächtigen (44,3%) wurde keine Beeinflussung festgestellt.



DIE VERFÜGUNGSEINHEIT (VE) – DIENSTLEISTER FÜR & IN DER GESAMTEN POLIZEIINSPEKTION

Die Verfügungseinheit (VE) als Organisationseinheit des Einsatzbereiches ist im gesamten Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen tätig und unterstützt/entlastet u.a. dabei mit ihren Tätigkeiten die Einsatz- und Streifendienste (ESD), die Polizeistationen (PSt) sowie die ermittelnden Bereiche (ZKD/KED). Zur Erhöhung der Präsenz und Interventionsfähigkeit der Polizei Niedersachsen wurde dabei die Verfügungseinheit personell aufgestockt und landesweit standardisiert.

Verkehrsüberwachung

Neben den Aufgaben der allgemeinen und spezialisierten Verkehrsüberwachung und den operativen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung sind Einsatzkräfte der hiesigen Verfügungseinheit regelmäßig bei der Bewältigung von Einsatzlagen (u.a. Demonstrationen) und Besonderen Einsatzlagen auch außerhalb der Polizeiinspektion im Einsatz. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist die Verfügungseinheit insbesondere in der Verkehrsüberwachung tätig und führt dabei Alkohol-, Drogen- und Geschwindigkeitskontrollen u.a. mit besonderen technischen Mitteln (wie Radarwagen und Lasermessung) durch. Darüber hinaus sind die BeamtInnen im Rahmen der spezialisierten Verkehrsüberwachung bei der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs mit den Schwerpunkten Fahrzeugtechnik, Sozialvorschriften, Fahrpersonalgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, der Überwachung des Gefahrgutverkehrs und land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge im Einsatz und unterstützen dabei auch die sog. Regionalen Kontrollgruppen der PD Lüneburg.

Spezialisierte BeamtInnen kümmern sich darüber hinaus auch bei sog. Tuningkontrollen auch um das Feld der technischen Veränderungen an Zweirädern und Personenkraftwagen sowie entsprechenden Verkehrsverhalten (z.B. illegale Straßenrennen, Posing).

Auch Sonderaktionen der Drogenkontrollgruppe der Polizeiinspektion in allen drei Landkreisen gehören zum Themenspektrum der Verfügungseinheit.

Kriminalitätsbekämpfung & Präsenz

Parallel kommen die Einsatzkräfte der Verfügungseinheit auch in der allgemeinen und besonderen Kriminalitätsbe-

kämpfung zum Einsatz und unterstützen dort in konkreten Ermittlungskomplexen bei Fahndungen, Observationen oder Durchsuchungen auch bei Schwerpunkteinsätzen und konzeptioneller Bekämpfung der Kriminalität an Brennpunkten.

Einsatzlagen

Immer größeren Raum nimmt in der alltäglichen Arbeit die Bewältigung von Einsatzlagen (z.B. Demonstrationen, Verkehrseinsätze im Rahmen von allgemeinen Veranstaltungen, Sportveranstaltungen) sowie bei der Unterstützung bei sog. BAO-Lagen ein, die Teile der Verfügungseinheit regelmäßig fordern.

Interventionsgruppe (IVG)

Um auf besondere Lagen auf örtlicher Ebene schnell und effizient reagieren zu können und das Einschreitrisiko für die eingesetzten PolizeibeamtInnen zu minimieren beinhaltet die hiesige Verfügungseinheit auch die sog. Interventionsgruppe (IVG). Teile der insgesamt 15-Personen-starken IVG können zur Unterstützung jederzeit alarmiert werden (24/7) und trainieren regelmäßig besondere Einsatztaktiken und der Umgang mit zusätzlichen Einsatzmitteln.

Die spezialisierte Einheit auf Polizeiinspektionsebene wird dabei u.a. bei Kriminalitätsbekämpfung (Zugangssicherung/Türöffnungen bei Wohnungen, Festnahmen), bei sog. geschlossenen Einsätzen (Blockaden), Bedrohungslagen (Sofortlagen mit hohem Einschreitrisiko) und Lebensbedrohlichen Einsatzlagen bis zum Eintreffen von MEK oder SEK alarmiert tätig. Dabei wird die IVG nicht anstelle von Spezialeinheiten eingesetzt.

„Statistik“ Einsätze der IVG im Jahr 2023

- 44 Einsätze
- 66 Zugangssicherung im Rahmen u.a. von Durchsuchungsmaßnahmen in Wohnungen/Festnahmen
- 64 Beschuldigte/Täter/Personen sowie in weiteren Einsätzen wurden 10 „gefährliche“ Hunde gesichert; dabei wurden weder Zielpersonen, Tiere oder Polizeibeamte verletzt.



Dpa/Philipp Schulze

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Bundesautobahnen sind die sichersten Straßen!

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2023 hat gezeigt, dass die Zahl der Verkehrsunfälle und somit auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden weiterhin ansteigend ist. Bei der Altersgruppe der 18-24 Jährigen ist ebenfalls eine leichte Steigerung der Verkehrsunfallzahlen zu verzeichnen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist im Vergleich zum Jahr 2022 um ca. 9,9 Prozent angestiegen.

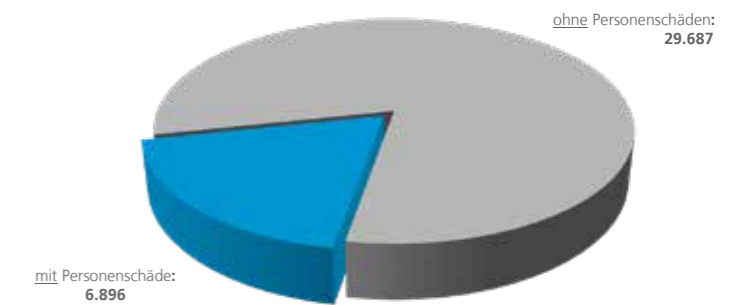
Statistisch wurden 2023 insgesamt 36.583 Unfälle erfasst, im Jahr 2022 waren es 33.292.

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahrerinnen und Fahrer werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2024 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

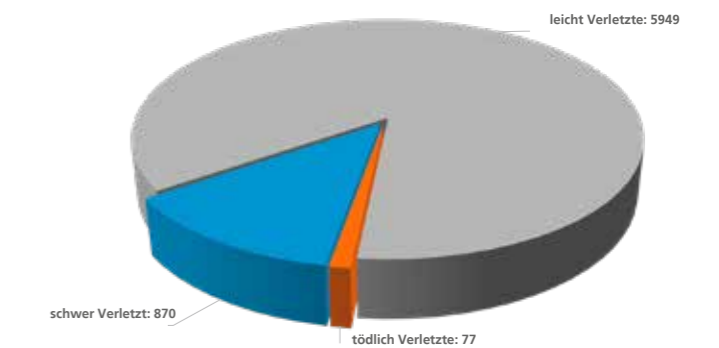
VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023

Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschaden

Gesamtzahl Verkehrsunfälle: 36.583



Verletzungsgrad bei Verkehrsunfällen



Verkehrsunfalltote



	2022	2023
Verkehrsunfalltote	71	77
Tote Fahrradfahrende	9	11*
Verkehrsunfälle	33.292	36.583
Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen	964	870
Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten	666	606
Verkehrsunfälle mit Elektrotretrollern	132	145
Fahrten unter Einfluss von Alkohol (ohne Verkehrsunfälle)	1.499	1.281
Fahrten unter Einfluss von Drogen oder Medikamente (ohne Verkehrsunfälle)	1.580	1.441
Verkehrsunfallfluchten	7.418	8.073
Aufklärungsquote Verkehrsunfallfluchten	43,90%	42,80%
Baumunfälle	732	773

*davon 8x ohne Fahrradhelm



VERKEHRSunFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

„Die Verkehrsunfallzahlen sind deutlich gestiegen und liegen wieder auf einem Niveau wie Vor-Corona“, bilanzierte der Sachbearbeiter Verkehr der Polizeiinspektion, Kriminalhauptkommissar Andreas Fündling, bereits in seinen einleitenden Worten zur Verkehrsunfallstatistik 2023.

Nach drei Jahren mit Unfallzahlen unter der Marke von 8.000 Verkehrsunfällen (VU) stieg die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Verkehrsunfälle von 7.877 im Jahr 2022 auf 8.707 im vergangenen Jahr. Dieses ist ein Anstieg um mehr als zehn Prozent (+10,54%).

Todesopfer und Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen

Erfreulich sind dabei jedoch die gesunkenen Zahlen bei den Verkehrstoten sowie den Verkehrsunfällen mit schwerverletzten Personen.

Im Jahr 2023 starben 21 Menschen (2022: 26) auf den Straßen der Region. Das sind fünf Personen weniger als noch im Jahre 2022.

Auch im Bereich der Schwerverletzten stagnierten die Zahlen und blieben mit 252 schwerverletzten Personen (bei 210 VU mit Schwerverletzten) auf dem Niveau von 2022 mit 248 Schwerverletzten (bei 212 VU mit Schwerverletzten).

Als schwerverletzt gilt jeder Beteiligte, bei dem durch die Unfalleinwirkung ein Krankenhausaufenthalt von mehr als 24 Stunden erforderlich war.

Bei den Verkehrsunfällen mit Leichtverletzten stiegen die Gesamtunfallzahlen gravierend um 11,31 Prozent auf 1.260 (2022: 1.132). Insgesamt wurden dabei 1.624 Verkehrsteilnehmende leicht verletzt.

Baumunfälle

Nach einem Rückgang im Vorjahr (-3,49%) stieg im Jahr 2023 die Zahl der Baumunfälle um 7,23 Prozent auf 178 (2022: 166).

Diese ereigneten sich im Regelfall auf Landstraßen, bei denen die Fahrer zum Beispiel wegen eines Fahrfehlers oder wegen zu hohen Tempos die Kontrolle über ihr Fahrzeug verloren haben, ins Schleudern gerieten und anschließend gegen einen neben der Fahrbahn stehenden Baum prallten.

Wildunfälle

Auch die Zahl der Wildunfälle stieg in 2023 wieder deutlich um fast 10 Prozent (9,91%) auf 2.396 an und machen fast ein Drittel (28%) der Unfälle in der „ländlich geprägten“ Region aus.

Verkehrsunfallfluchten

Auf hohem Niveau hält sich die Zahl der Verkehrsunfälle mit anschließender Fahrerflucht. Die Zahl ist erneut um 10,10 Prozent auf 2.028 (2022: 1.842) gestiegen. Erfreulich hoch ist weiterhin die Aufklärungsquote dieser Straftat mit 44,58 Prozent, so dass bald jeder zweite Unfallflüchtige ermittelt werden konnte.

Alkohol, Drogen und Medikamente

Deutlich zu hoch sind auch weiterhin die Verkehrsunfälle unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss.

Bei der Anzahl der Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluss stiegen die Zahlen um 8,84 Prozent auf 160 Verkehrsunfälle, bei denen Alkohol eine Rolle spielte.

Eine deutliche Reduzierung verzeichnete die Polizei bei den folgenlosen Fahrten unter Betäubungsmittel bzw. Medikamenteneinfluss. Hier sank die Anzahl um 12,37 Prozent auf 347 (2022: 396). Folgenlose Fahrten unter Alkoholeinfluss sanken ebenfalls um 29,78 Prozent auf 283 (2022: 411) Fahrten.

Motorisierte Zweiräder/Motorräder

Stetig steigende Fallzahlen registrierte die Polizei auch bei den Verkehrsunfällen mit motorisierten Zweirädern/Motorrädern. Im Jahr 2023 verunfallten 203 motor. Zweiräder, was einem Plus von 7,41 Prozent entspricht (2022: 189).

Vorsichtiges und rücksichtsvolles Fahren ist wichtig, besonders auf den bekannten „Problemstrecken“ in der Region. Sowohl auf der Bundesstraße 195 im Amt Neuhaus, als auch an der Spitzkehre in Alt Garge und auf der Kreisstraße zwischen Lüneburg und Echem (Kreisstraße 53) beobachtet die Polizei immer wieder Fehlverhalten von Motorradfahrern.

Auch aufgrund der seit Jahren durchgeführten Kontrollmaßnahmen sowie baulichen Veränderungen auf diesen Streckenabschnitten konnten die Unfallzahlen bzw. Unfallfolgen dort, aber auch in Gänze minimiert werden. Die Zahl der tödlich verunglückten Motorradfahrer sank von vier auf drei in 2023. Auch bei den schwerverletzten motor. Zweiradfahrern reduzierte sich die Unfälle von 34 auf 31.

Pedelec/E-Bike und Fahrräder

Aufgrund der sich ändernden Verkehrsmobilität und der Tatsache, dass bereits jedes zweite neu gekaufte „Fahrrad“ ein Pedelec ist, haben sich auch die Verkehrsunfallzahlen in diesem Bereich verändert. Während die Fallzahlen bei den Pe-



delec-Fahrenden um 20 Prozent auf 198 Verkehrsfälle (2022: 165) erneut stark stiegen, stagnierte die Zahl bei den Fahrrad-fahrenden (2023: 500 / - 0,4%) auf dem Niveau von 2022.

Erfreulicherweise blieben die schweren Unfallfolgen in beiden Bereichen auf dem Niveau von 2022.

Im Jahr 2023 wurde ein Fahrrad-Fahrender tödlich verletzt (2022: 0); 49 erlitten schwere Verletzungen (2022: 46).

Bei den Pedelec-Fahrenden war es ähnlich. Zwei Verkehrsunfälle endeten in 2023 tödlich (2022: 2). 20 Personen erlitten schwere Verletzungen (2022: 35).

Neue Mobilitätsformen/E-Scooter

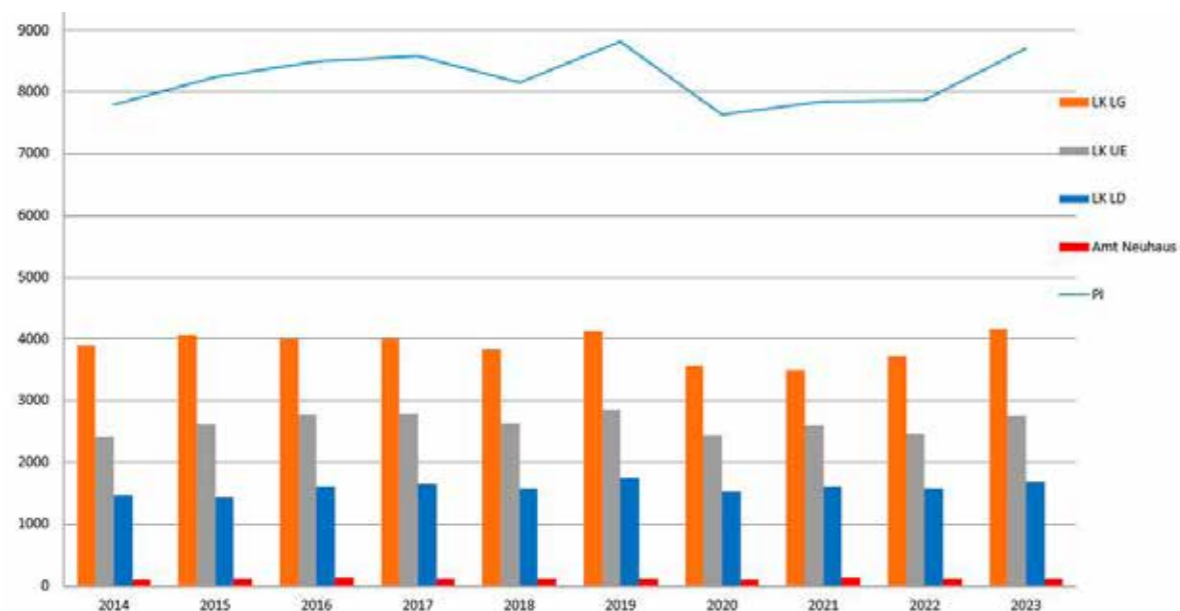
Die neuen Mobilitätsformen „Elektrokleinstfahrzeuge/E-Scooter“ spielen auch in unserer Region im Verkehrsunfallgeschehen eine Rolle

Trotz der Tatsache, dass es keine Miet- oder Verleih-Anbieter in unseren drei Landkreisen gibt, ereigneten sich im Jahr 2023 58 Verkehrsunfälle mit Elektrokleinstfahrzeugen/E-Scootern. Das entspricht einer Steigerung von 66 Prozent (2022: 35). Erfreulicherweise gab es in diesem Bereich keine Unfälle mit tödlichem Ausgang bzw. nur vier Vorfälle mit schwerverletzten Personen.

Hauptunfallursachen

Zu den Hauptunfallursachen im Jahr 2023 gehörten neben Vorfahrtsverstößen auch Abstand und Abbiegen. Die Zahl der Unfälle aufgrund nicht angepasster bzw. „überhöhter Geschwindigkeit“ stieg jedoch deutlich um 26,83 Prozent. Damit liegt die Anzahl der Unfälle in Verbindung mit der Geschwindigkeit bei 312 (2022: 246).

GESAMTENTWICKLUNG 10 JAHRE UNFALLZAHLEN – POLIZEIINSPEKTION



ARBEITSGRUPPE „POSER“: POLIZEI NIMMT „POSER“ UND „PROTZER“ INS VISIER

„Das Auto und das Motorrad als Hobby: Das Kfz wird optisch aufpoliert und wer es liebt, der will es fahren.“ In Uelzen, aber auch in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow-Dannenberg steht die Szene der „Tuner“ und „Poser“ im Fokus. Auslöser: schwere Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang und Beschwerden über Schaufahrten und Lärmbelästigung. Die Polizei kontrolliert.

Seit geraumer Zeiten häufen sich gerade in der wärmeren Jahreszeit die Wahrnehmungen über Gruppen von KraftfahrzeugführerInnen (Pkw & Motorrad), die sich an ausgewählten und wechselnden Standorten treffen und anschließend ohne erkennbare Ziele in den verschiedenen Stadtgebieten umherfahren. Sowohl an den Treffpunkten sowie durch das häufige Wechseln von Standorten wird insbesondere in den späten Abend- / Nachtstunden und am Wochenende eine, für die Anlieger der betroffenen Straßen und Standorte, unnötige und vermeidbare Beeinträchtigung durch Fahrzeuglärm verursacht.

Parallel kam es in den vergangenen zwei Jahren zu mehreren schweren sowie zwei tödlichen Verkehrsunfällen in Dannenberg sowie Bad Bevensen, bei denen Pkw-Insassen bzw. ein Motorradfahrer mit Bezug zum „Tuning/Posing“ starben. Bereits seit dem Jahr 2021 richtet das Polizeikommissariat Uelzen stellvertretend für die gesamte Polizeiinspektion die AG „Poser“, eine Arbeitsgruppe mit gesondert beschulten, fachkundigen PolizeibeamtenInnen, ein. Unter der Leitung

von POK Gruner und PK Lindner initiiert die Arbeitsgruppe verschiedene Fortbildungen auf PK- und PI-Ebene, um eine Vielzahl von PolizeibeamtInnen mit der erforderlichen Expertise und damit einhergehende Rechtssicherheit beim Einschreiten im Themenfeld „Tuning/Posing“ auszustatten.

Parallel führt die AG „Poser“ neben dem Einschreiten im täglichen Dienst anlassbezogen verschiedene Kontrollen in allen drei Landkreisen der Polizeiinspektion durch.

In der Rückschau der vergangenen Jahre hat sich bereits ein merklicher Einfluss der getroffenen Maßnahmen auf die Szene, auch in auswertbaren Vorgangszahlen, feststellen lassen. Diese wurde insgesamt beruhigt, in Teilen aber auch verdrängt. Kontaktaufnahmen mit der Szene zur Findung einer gemeinsamen Lösungsstrategie waren auf Grund der naturgemäß hohen Fluktuation in der Szene leider nur kurzfristig erfolgreich.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte die AG Poser seit ihrer Einrichtung im Bereich der Aufklärung und Medienarbeit. So veröffentlichte neben den regionalen Medien in 2023 der TV-Sender DMAX mehrere Folgen seiner Serie „Speedcops“ unter Mitwirkung und das ZDF Magazin „Drehscheibe“ eine Folge über Kontrollmaßnahmen anlässlich der Hamburg Harley Days, wo POK Gruner und PK Linder mit ihrer Fachexpertise die Polizei Hamburg im Rahmen der Sicherheitskooperation der Polizeien der Nord-Bundesländer unterstützten.



Dpa/Philipp Schulze



REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Schwerpunktkontrollen und Neustrukturierung

Die Regionale Kontrollgruppe (RKG), eine spezialisierte Gruppe der Polizei, ist seit Jahren ein wichtiger Bestandteil der Überwachung des Straßenverkehrs, insbesondere auf Bundesautobahnen. Ihr Fokus liegt dabei vor allem auf dem gewerblichen Güter- und Personenverkehr. Dieser Bereich erfordert ein hohes Maß an Fachwissen, da er verschiedene Bereiche wie Gefahrgut- und Abfalltransporte, Großraum- und Schwerlasttransporte sowie die Einhaltung von Vorschriften des Personalrechts umfasst, einschließlich Lenk- und Ruhezeiten, Ladungssicherung und Tiertransporte.

Dieses Fachwissen wird kontinuierlich durch polizeiliche Schulungen und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf Bundesebene vertieft. Die RKG beteiligt sich auch an länderübergreifenden Kontrollen, um ihr Wissen praktisch anzuwenden und zu teilen. Zum Beispiel unterstützen sich die RKG und die Wasserschutzpolizei Hamburg gegenseitig bei Großkontrollen von Gefahrgut- und Abfalltransporten und tauschen dabei ihre Erfahrungen aus.

Die Kontrollen der RKG waren auch im Jahr 2022 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die geplanten Kontrollen konnten nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. In den Jahren 2022 und 2023 lag ein besonderer Schwerpunkt auf dem gewerblichen Güterverkehr, insbesondere der Überprüfung von Gefahrguttransporten. Die Gesamtbeanstandungsquote lag dabei bei über 73%. Diese Quote wurde auch bei der „Auftaktkontrolle“ im Februar 2024 bestätigt.

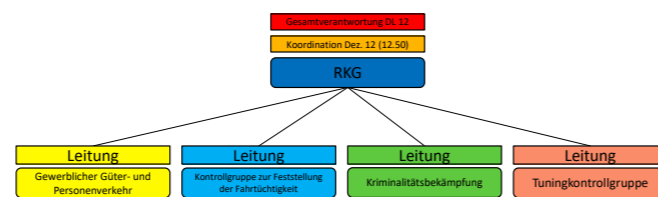
Es steht fest: Die Kontrollen im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs bleiben unerlässlich und

werden auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der RKG darstellen.

Die Überwachung der Fahrtüchtigkeit der Fahrzeugführer sowie die Kontrolle von getunten Motorrädern und PKWs gewinnen zunehmend an Bedeutung, neben der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. Diese Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Aufmerksamkeit seitens der Polizei und spezialisiertes Fachwissen. Bislang wurden diese Bereiche von speziellen Kontrolltrupps für Krafträder und Drogenüberwachung durchgeführt, die Teil der RKG sind.



G geplante Neustrukturierung in der PD Lüneburg



Mit Einführung der Fachstrategie Verkehr (FSV) im Jahr 2021 baut die Polizei in Niedersachsen ihre Möglichkeiten der Verkehrsüberwachung und der Verkehrssicherheitsarbeit weiter aus. Sie orientiert sich dabei an ihren Erfahrungen und den neuesten Entwicklungen unter dem Aspekt, den festzustellenden „Trends“ konzeptionell und proaktiv entgegen zu treten. Die Polizeidirektion Lüneburg hat im Zuge ihrer strategischen Ausrichtung die RKG einer Organisationsüberprüfung unterzogen und im Herbst 2023 eine Neustrukturierung avisiert. Daran anknüpfend wurde gemeinsam mit den Inspektionen unter Berücksichtigung bereits bestehender Konzeptionen und weiterer Handlungsempfehlungen aus der FSV eine RKG-Neukonzeption entwickelt. Es ist geplant, diese Konzeption im Sommer 2024 umzusetzen

Die RKG der Polizeidirektion Lüneburg soll damit zukunftsorientiert aufgestellt und auf die weitere Entwicklung sowie zur Bekämpfung der angeführten Kriminalitätsphänomene insbesondere im Bereich der Bundesautobahnen vorbereitet sein.

Die Mitglieder der RKG arbeiten in den Teileinheiten und Themenbereichen freiwillig und neigungsorientiert. Sie kommen aus allen sechs Inspektionsbereichen. Das bedeutet, dass die Mitarbeitenden die in der RKG gesammelten Erfahrungen und das dort vorhandene Fachwissen auch in die tägliche Arbeit in ihrer Heimatdienststelle einfließen lassen können. Ein Synergieeffekt, der sich auch außerhalb der Bundesautobahnen, also direkt vor Ort in den Polizeiinspektionen, auszahlt und zum allgemeinen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung positiv beiträgt.

Gemäß der Neukonzeption setzt sich die RKG dann aus vier Teileinheiten zusammen.

1. Gewerblicher Güter-/ Personenverkehr (GGPV)
2. Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF)
3. Tuningkontrollgruppe (TKG)
4. Kriminalitätsbekämpfung (KB)

Die Teileinheit „Kriminalitätsbekämpfung“ ist für die Themenbereiche

- Schleusung/ Menschenhandel/ Ausländer- u. Asylrecht
- Betäubungsmittel- u. Schmuggeldelikte
- Eigentumsdelikte reisender Tätergruppen
- Kfz-Sachwerterlangungsdelikte
- CARGO (Ladungsdiebstähle)
- Urkunden- und Fälschungsdelikte

verantwortlich.



Sachgebiet Verkehr der Polizeidirektion Lüneburg v.l. Andreas Faltin, Tobias Kärsten, Gerald Frank Pape

CANNABIS AM STEUER

Niedersachsen verzeichnet für das Jahr 2023 bei der Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme. Dies betrifft auch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Hauptursachen für Unfälle sind vor allem nicht angepasste Geschwindigkeit und die Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit durch Drogen oder Alkohol. Mit der Legalisierung von Cannabis ergeben sich zusätzliche Risiken, die eine verstärkte Aufmerksamkeit seitens der Polizei erfordern. Die Polizei setzt auf präventive Maßnahmen und verstärkte Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten.

Im Jahr 2024 liegen die landesweiten Schwerpunktthemen der Polizei Niedersachsen im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit auf Geschwindigkeit und Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr. Durch gezielte Kontrollen und Präventionsmaßnahmen werden diese Problemfelder angegangen. Ein Workshop der Polizeidirektion mit den Themenverantwortlichen aller Polizeiinspektionen soll eine gemeinsame Strategie entwickeln, um den Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Die Polizeidirektion Lüneburg ergreift verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer bestmöglich zu gewährleisten.

Das landesweite Fortbildungskonzept zur „Feststellung und Steigerung der Verkehrstüchtigkeit im öffentlichen Raum“ wird konsequent in der gesamten Direktion angewendet. Hierbei erhalten die Polizistinnen und Polizisten in Semina-

ren und angeleiteten Qualifizierungskontrollen umfassendes Wissen, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigten Fahrern zu erkennen und zu verfolgen. Dies erhöht im Allgemeinen das Entdeckungsrisiko für Personen, die unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln fahren.

Des Weiteren plant die Polizeidirektion Lüneburg die Einrichtung einer Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF).

Die Grundstruktur existiert bereits seit Jahren unter dem Namen „Drogenkontrolltrupp“. Die KFF wird künftig mit mehr qualifiziertem Personal ausgestattet, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Legalisierung von Cannabis gerecht zu werden. Sie wird direktionsweit eingesetzt, insbesondere bei Veranstaltungen mit einem erhöhten Risiko von Trunkenheitsfahrten, wie dem jährlichen „Hurricane“-Festival in Scheeßel. Durch umfangreiche Kontrollmaßnahmen ermöglicht die KFF den Festivalbesucherinnen und -besuchern eine sichere An- und Abreise und identifiziert effektiv Verkehrssünder.

Während solcher Großkontrollen haben die beteiligten Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen, was zu einer weiteren Professionalisierung im polizeilichen Alltag beiträgt. Durch diese und weitere Maßnahmen trägt die Polizeidirektion Lüneburg dazu bei, dass unsere Straßen auch nach der Legalisierung von Cannabis so sicher wie möglich bleiben.



POLIZEI ERKLÄRT E-SCOOTER – PRÄVENTIONSVIDEO VON VERKEHRSWACHT UND POLIZEI LÜNEBURG

Wo darf man mit E-Scooter eigentlich fahren? Braucht man einen Führerschein oder einen Helm? Und was passiert, wenn man sich nicht an die Regeln hält?

Das sind alles Dinge, die der Lüneburger Verkehrssicherheitsexperte Martin Schwanitz (Verkehrssicherheitsberater der Polizeiinspektion) bereits im Jahr 2022 aufgriff, um mit dem kurzweiligen und prägnanten „Präventions-Video“ von Verkehrswacht und Polizei Lüneburg gerade die Zielgruppe „Junge Fahrende“ anzusprechen.

Das Video „Polizei erklärt E-Scooter“, veröffentlicht auf dem Kanal der Verkehrswacht LG als Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion hat nun fast 150.000 Aufrufe geknackt und ist damit eines der bundesweit erfolgreichsten Präventionsvideos zur Thematik E-Scooter.

Auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Landgerichts Lüneburg „Wer betrunken E-Scooter fährt, riskiert seine Fahrerlaubnis“ (... Die 11. große Strafkammer des Landgerichts Lüneburg hat mit einem jetzt veröffentlichten Beschluss vom 27.06.2023 (Az. 111 Qs 42/23) klargestellt, dass die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis wegen des Vorwurfs einer Trunkenheitsfahrt mit einem E-Scooter gerechtfertigt sein kann ...) möchten Polizei und Verkehrswacht abermals zur Thematik E-Scooter sensibilisieren.

Kaum ein Gefährt wurde in so kurzer Zeit so beliebt und gleichzeitig so gehasst wie die E-Tretroller. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene gehören die leichten Gefährte mittlerweile zum Alltag: Sie sind schnell, einfach zu bedienen und lassen sich per App zum taschengeldtauglichen Preis ausleihen.

Andere VerkehrsteilnehmerInnen hegen nicht so viel Sympathie für die neuen Vehikel auf unseren Straßen.

Mit dem Video (2022: das erste seiner Art) möchten Verkehrswacht und Polizei zielgruppenorientiert aufklären, um auch gerade junge VerkehrsteilnehmerInnen vor einem strafrechtlichen Schaden zu bewahren.

In den einzelnen Kapiteln „Allgemeines“, „Alkohol- und Drogen“, „Richtige Wegenutzung“, „Richtig Abbiegen“ und „Technisches“ werden die wichtigsten Tipps rund um E-Scooter dargestellt.

„Viel Spaß beim Anschauen!“

Denn im Vordergrund sollte für uns alle stehen: „Was muss ich beachten, wenn ich mit dem E-Scooter unterwegs bin, um möglichst sicher zum Ziel zu kommen und nicht andere zu gefährden?“



Facebook-Kanal der Polizei Lüneburg
www.facebook.com/polizeidirektion.lueneburg

YouTube-Kanal der Verkehrswacht Lüneburg
www.youtube.com/watch?v=RPL_RgcOixY&t=1s

NIMES

Die Messenger-App der Polizei Niedersachsen



Aus der privaten Kommunikation sind Messenger-Apps wie bspw. WhatsApp inzwischen nicht mehr wegzudenken. Die Möglichkeit andere Menschen schnell und unkompliziert über das Internet Nachrichten, Fotos und Videos oder Audio-Dateien auf ihre Smartphones zu senden, hat sich zu einer festen Säule der alltäglichen Kommunikation entwickelt. Die Vorteile dieses Kommunikationsweges liegen auf der Hand. Das Smartphone als täglicher Begleiter gewährleistet eine ständige Erreichbarkeit eines jeden, unabhängig von dessen Aufenthaltsort.

So hat sich diese Form der Kommunikation auch in der Arbeitswelt etabliert, auch in der Polizei. Jedoch kommen für die polizeiliche Kommunikation die gängigen Anwendungen wie WhatsApp, Signal oder Telegramm nicht in Frage. Zu sensibel sind die Informationen, die im dienstlichen Kontext über die Messenger ausgetauscht werden sollen, zu groß das Risiko, dass diese Informationen abgefangen werden und so in die falschen Hände gelangen. Um aber dennoch die offensichtlichen Vorteile der Kommunikation mittels Messenger-Apps für die Polizei nutzbar zu machen, wurde durch die Polizei Niedersachsen in Zusammenarbeit mit einer Firma für Softwareentwicklungen der polizeieigene „Niedersachsen-Messenger“, abgekürzt NIMes, entwickelt.

Was kann NIMes?

Der Funktionsumfang von NIMes umfasst dabei alle Funktionen, die man aus den bekannten Messenger-Apps kennt.

- Textnachrichten
- Medien (Audio, Video, Foto)
- Gruppenchats
- Umfragen und Abstimmungen
- Audio- und Videotelefonie

Ein Austausch von Telefonnummern ist für die Nutzung von NIMes nicht erforderlich. Das Programm greift auf die landesweite Nutzerdatenbank der Polizei zurück. So ist das Kommunizieren vom Harz bis an die Nordsee und der Elbe bis zur niederländischen Grenze unkompliziert möglich. Neben der App-Version für Smartphones gibt es NIMes auch

in einer Desktop-Version. So kann das Programm sowohl am festen Arbeitsplatz im Büro, als auch unterwegs genutzt werden.

Wie funktioniert NIMes?

NIMes kann über die App-Stores auf die privaten Smartphones der Mitarbeitenden heruntergeladen werden. Durch diesen sogenannten „Bring-Your-Own-Device-Ansatz“ ist die Verfügbarkeit des Programms nicht ausschließlich auf die dienstlichen Smartphones, beschränkt, sondern steht allen Mitarbeitenden auf den privaten Smartphones zur Verfügung.

Die Nutzung von NIMes ist ausdrücklich freiwillig und keine Verpflichtung. In der App gibt es die Möglichkeit den eigenen Status auf „abwesend“ zu setzen. In diesem Fall erhält der Nutzer keinerlei Benachrichtigungen aus der App, womit den Arbeitsschutzbestimmungen Rechnung getragen wird. Eine verpflichtende dauerhafte Erreichbarkeit der Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Freizeit ist somit also nicht gegeben.

Welchen Mehrwert bietet NIMes im polizeilichen Alltag?

NIMes bietet die Möglichkeit, Einsatzkräften direkt und vor Ort allerhand Informationen zukommen zu lassen. So können beispielsweise im Rahmen von Fahndungen erste Bilder aus Überwachungskameras oder Fahndungsfotos an die eingesetzten Streifenwagen verschickt werden.

Im Rahmen von größeren Einsatzlagen ergibt sich so auch die Möglichkeit alle eingesetzten Kräfte über die aktuelle Lage zu informieren und so andere Kommunikationskanäle wie bspw. den Funk oder das Telefon zu entlasten und über die Dateiablagen wichtige Unterlagen wie Einsatzkonzeptionen, Karten und Kommunikationspläne zur Verfügung zu stellen.

Das Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst also ihr privates Smartphone dabei haben und benutzen hat einen dienstlichen Hintergrund. Wundern Sie sich also nicht, wenn sie Kolleginnen und Kollegen im Einsatz mit ihrem Smartphone sehen.



E-AKTE IN DER POLIZEI Mehr als nur eine Software

Der Niedersächsische Landtag verabschiedete am 23. Oktober 2019 das Niedersächsische Digitalisierungs- und Informationssicherheitsgesetz (NDIG). Im § 10 (2) NDIG heißt es:

„Jede Behörde des Landes soll neu anzulegende Akten ab dem 1. Januar 2026 elektronisch führen. [...]“.

Aufgrund dieser rechtlichen Vorgaben beschäftigen sich nun auch die Polizeidirektionen in Niedersachsen mit der Einführung der elektronischen Akte (eAkte), damit Verwaltungsakten in Zukunft digital abgelegt und bearbeitet werden können. Hiervon noch nicht betroffen sind Straf- und Kriminalakten, die Digitalisierung dieser Akten wird in einem gesonderten Projekt bearbeitet.

Doch wer ist in der Polizei Niedersachsen überhaupt von der Einführung der eAkte betroffen? Betroffen sind all die Polizeibeschäftigten, die mit Verwaltungsakten arbeiten - also beispielsweise die Mitarbeitenden in einem Geschäftszimmer oder Stabsangehörige sowie bestimmte Führungsfunktionen und Interessenvertretungen. Geschäftsgänge wie Kennntnahmen, Zeichnungen, Weiterleitungen erfolgen digital in der eAkte und lösen die klassische Umlaufmappe ab.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg startete als Pilotbehörde ihr Einführungsprojekt im Oktober 2021. Technische Probleme bei der Anbindung der eAkte an den PolizeiClient führten zunächst zu erheblichen Verzögerungen im Projekt. In Zusammenarbeit zwischen dem IT.Niedersachsen und der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) wurden diese Probleme inzwischen erfolgreich behoben. Nach Abschluss der Schulungsphase, in welcher die Mitarbeitenden auch die Möglichkeit zur Teilnahme an verschiedenen Workshops zur Vertiefung des erlernten Wissens bekommen haben, befindet sich die PD Lüneburg seit dem 01.01.2024 in der aktiven Nutzung der eAkte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es sich bei der Einführung der eAkte nicht nur um die Einführung einer neuen Software handelt, sondern die Einführung der eAkte Auswirkungen auf ganze Arbeitsprozesse und Arbeitsabläufe innerhalb der Polizei hat. Ein solch großer Veränderungsprozess wird auf der einen Seite natürlich von Unsicherhei-



ten hinsichtlich der Nutzung der neuen Software und den geänderten Abläufen begleitet. Auf der anderen Seite bietet er aber die Chance, Arbeitsabläufe zu überdenken und diese durch die Abarbeitung in der eAkte deutlich zu beschleunigen und effektiver zu gestalten. Zurzeit befindet sich die PD Lüneburg in diesem Veränderungsprozess noch ganz am Anfang und sammelt nahezu täglich neue Erfahrungen im Umgang mit der eAkte und den damit verbundenen Anpassungen.

Das Niedersächsische Innenministerium (MI) hingegen startete seine Erprobungsphase bereits im März 2021 und ist in diesem Prozess schon deutlich weiter fortgeschritten. Seit dem 10. Mai 2022 ist die Nutzung der eAkte im MI sogar verpflichtend. Sowohl in der Erprobungsphase als auch jetzt sind die Rückmeldungen zur eAkte grundsätzlich positiv. Es zeigt sich:

Die Arbeit mit der eAkte kann Prozesse beschleunigen und sorgt unter anderem für ein medienbruchfreies Arbeiten.

EINSATZUNTERSTÜTZUNG AUS DER LUFT: Polizeiinspektion Harburg und Polizeikommissariat Uelzen Drohnen-Standorte für Nord-Ost-Niedersachsen

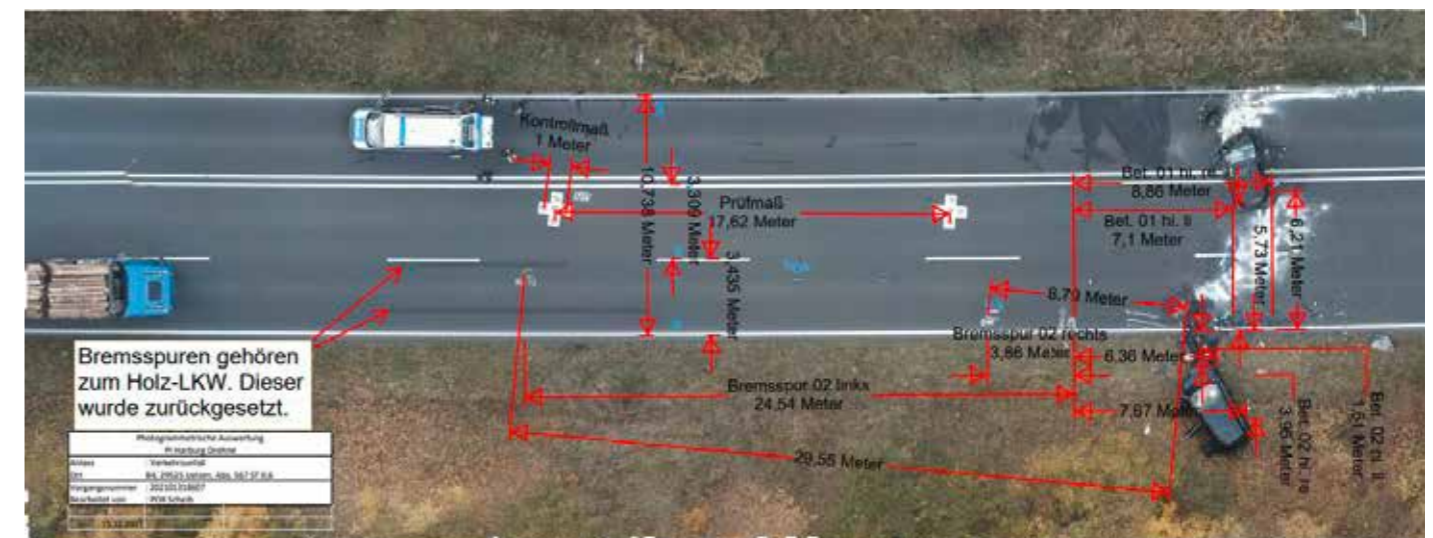
Mit der strategischen Neuausrichtung im Bereich der Drohneinsätze bei der Polizei Niedersachsen ist neben der Polizeiinspektion Harburg in Buchholz i.d.N. nun auch das Polizeikommissariat Uelzen seit Ende 2023 „Drohnen-Standort“ für Nord-Ost-Niedersachsen sowie für Teile der Landkreise Celle und Gifhorn und verfügt über insgesamt vier ausgebildete „Drohnenpiloten“ (Luftfahrzeugfernführer – LFFF).

Das Einsatzspektrum der Drohnen erstreckt sich von der Erstellung von Luftbildaufnahmen im Vorfeld größerer Einsatzlagen zu Planungs- und Koordinierungszwecken, über die Koordination von Maßnahmen während größerer Einsätze, zur Unterstützung der Kriminalitätsverfolgung bei der Beweissicherung und Dokumentation (beispielsweise bei Brandtatorten), zur Unterstützung von Einsatzlagen im Rahmen der Gefahrenabwehr (beispielsweise bei der Suche nach Vermissten oder im Rahmen einer Evakuierung) bis hin zur Dokumentation sowie Vermessung von Verkehrsunfallorten.

Bei den durch das Land beschafften Drohnen handelt es sich um die „Mavic 3 Enterprise Thermal“ vom Hersteller „DJI“. Mit einem Gewicht von 920 Gramm, einer Flugzeit von bis zu 45 Minuten bei optimalen Bedingungen und einer Weitwinkel-Wärmebild und Zoom-Kamera, stellt sie eine weitere sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Einsatzmittel der Polizei Niedersachsen dar.

Um eine polizeiliche Drohne fliegen zu dürfen, bedarf es für die Pilotinnen und Piloten einer umfangreichen Ausbildung, die gegenwärtig sukzessive durchgeführt wird. Zu den Ausbildungsschwerpunkten gehören unter anderem das Luftrecht, Meteorologie, Aerodynamik und die Risikominimierung.

Die Polizei Niedersachsen hat im vergangenen Jahr eine Neuausrichtung im Hinblick auf den flächendeckenden Einsatz polizeilicher Drohnen vorgenommen. Bislang wurden diese ausschließlich in der ZPD, in der PI Harburg sowie in der PI Wilhelmshaven (Polizeidirektion Oldenburg) eingesetzt. Weitere Drohnen-Standorte sind aktuell Braunschweig, Goslar, Göttingen, Hameln, Northeim, Cuxhaven, Delmenhorst, Verden, Aurich und Osnabrück.





Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Pressestelle der Polizeidirektion Lüneburg

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
- Polizei-Beratung (www.polizei-beratung.de)
- Pixabay (www.pixabay.com)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



